

Die Lage der Christen in der Türkei
Eindrücke einer Reise nach Diyarbakir, Tur Abdin und Istanbul
2. -12. September 2003

Übersicht:

Einführung

1. Reiseziel Diyarbakir
 - 1.1. bei Pfarrer Akbulut
 - 1.2. bei Pfarrer Güvener
2. Reiseziel Tur Abdin
 - 2.1. bei Bischof Mar Philoxenos Saliba Özman im Kloster Deyrulzafaran
 - 2.2. bei Bischof Timotheos Samuel Aktas im Kloster Mar Gabriel
 - 2.3. Gespräche mit Religionslehrern
 - 2.3.1. Lehrer Lahdo Barinc im Dorf Miden
 - 2.3.2. Lehrer Yakub im Dorf Bisorino
 - 2.3.3. Lehrer Eliyo im Dorf Bakisyan
 - 2.4. Gespräche mit Rückkehrwilligen
 - 2.4.1. Rückkehrwillige aus Deutschland im Dorf Gündüşükrü
 - 2.4.2. Rückkehrwillige im Dorf Kafro
- Der Fall Nuri Demir
- Gespräch mit Jakob Demir
- 2.5. Gespräche mit Mönchen und in Klöstern
 - 2.5.1. Kloster Mar Melke
 - 2.5.2. Kloster Mar Yakub
 - 2.5.3. Kloster Hah
 - 2.5.4. Kloster Dairo Duslibo Deir Salib (Kreuzkloster)
- 2.6. Eindrücke und Gespräche in verschiedenen Dörfern
- 2.7. Gespräch mit Pfarrer Gabriyel in Mardin
3. Reiseziel Istanbul
 - 3.1. bei Patriarch Mesrob Mutafyan, armenisch-apostolische Kirche
 - 3.2. bei Pfarrer Holger Neumann, deutsche evangelische Gemeinde
 - 3.3. bei Pfarrer Ferdinand Thomé, deutsche römisch-katholische Gemeinde
 - 3.4. bei Isa Karatasch, Journalist
 - 3.5. bei Fatma Ünlü, evangelische freikirchliche Gemeinde
 - 3.6. anonymisierte Gesprächsergebnisse
4. Schlußfolgerungen - neuer Forderungskatalog
5. Skizzierung der Entwicklung von September bis November 2003
6. Anhang Übersichtsaufsatz: "Christen in der Türkei"

Stand: 10. November 2003
Copyright IGFM

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. -
Borsigallee 9 - 60388 Frankfurt
[http\\ www.igfm.de](http://www.igfm.de) - e-mail: religion@igfm.de - Tel.: 069 - 420 10 80 -
Fax: 069 - 420 10 833

Einführung

Aus Anlaß des bevorstehenden 80. Jahrestages der Republik Türkei am 29.10.2003 besuchte eine Reisegruppe der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) die Türkei, um erneut die Lage der Christen und die Einhaltung der Religionsfreiheit zu untersuchen. Die Ziele waren Istanbul und Diyarbakir und der Tur Abdin im Südosten der Türkei. Istanbul wurde ausgesucht, weil dort die Mehrheit der Christen lebt und sich die Vertretungen christlicher Kirchen konzentrieren. In Diyarbakir galt es, Pfarrer Akbulut und Konvertitengemeinden zu besuchen. Im Tur Abdin, eines der ältesten Zentren des Christentums, den in den vergangenen 50 Jahren über 200.000 Christen verlassen hatten, sollte die Lage der verbliebenen Christen sowie von Rückkehrinitiativen untersucht werden. Diese Reise war die fünfte Mission der IGFM zur Untersuchung der Lage der Religionsfreiheit in der Türkei nach 1994, 1998, 2000 und 2001.

Ausgehend von einem Forderungskatalog der IGFM, den die Mitgliederversammlung im April 2003 als Resolution vor Beginn der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei verabschiedet hatte, sollten folgende Probleme hinterfragt werden:

Baumöglichkeiten für Kirchen, Beachtung von Anträgen zum Kirchenbau und zur Renovierung von Kirchen und Gemeindehäusern
Rechtsanerkennung der katholischen, evangelischen, syrisch-orthodoxen Kirchen und der Freikirchen
Neuinterpretation des Lausanner Vertrages von 1923 uneingeschränkt für alle nichtmuslimischen Minderheiten, wie es dem Vertragstext entspricht
Öffnung der seit Jahrzehnten geschlossenen Priesterseminare der griechisch-orthodoxen und der armenischen Kirche und Öffnung von geschlossenen Seminaren anderer christlichen Gemeinschaften
Sicherstellen der störungsfreien Versammlungsfreiheit aller Christen in der Türkei
rechtliche Regelungen und Sicherheit wie Klärung von Haus- und Grundbesitzfragen für in den Tur Abdin (Südost-Türkei) zurückkehrende assyrische Christen
freie öffentliche Diskussion über den Völkermord an Armeniern und assyrischen Christen während des 1. Weltkrieges vor der Gründung des modernen Staates Türkei

Der folgende Bericht orientiert sich am Reiseverlauf: Diyarbakir - Tur Abdin - Istanbul. Einzelne Fragen betreffen nicht alle Gesprächspartner. Dafür gibt es andererseits spezielle Probleme von Gesprächspartnern und Umstände, die je nach Relevanz ausführlich oder gerafft behandelt werden. Allen Gesprächspartnern wurden Fragen nach dem Dialog zwischen Christen und Muslimen, ob die Türkei jetzt oder später der EU beitreten soll, und ob die neuen Reformgesetze (Religionsgesetze) bekannt seien, vorgelegt. Der Bericht schließt ab mit einer Bewertung der Ergebnisse und einem Nachtrag dessen, was sich zwischen dem 2. September und dem 10. November 2003 (Fertigstellung des Berichts) ereignet hat.

Reisebericht

1. Reiseziel Diyarbakir

In Diyarbakir wurden Pfarrer Yusuf Akbulut und Pastor Ahmet Güvener besucht. Pfarrer Akbulut geriet im Jahr 2000 in die Schlagzeilen, nachdem er aufgrund eines Zeitungsartikels wegen "Volksverhetzung" angeklagt wurde. Pfarrer Akbulut hatte in einem Gespräch mit zwei Journalisten den Genozid an armenischen und assyrischen Christen im Jahre 1915 und Folgejahre angesprochen. Das Thema Genozid an bis zu 2 Millionen Christen armenischer oder assyrischer Herkunft unter Aufstachelung, Planung und Mitwirkung der osmanischen Regierung und weiterer staatlicher Stellen gilt in der Türkei als Tabu. Der Bruch des Tabus wird bestraft. Aufgrund internationalen öffentlichen Einsatzes, auch der IGFM, konnte Pfarrer Akbulut den Gerichtssaal als freier Mann verlassen.

Pastor Güvener leitet eine junge freikirchliche evangelische Gemeinde. Alle Mitglieder seiner Gemeinde sind zum Christentum konvertierte Muslime.

1.1. bei Pfarrer Yusuf Akbulut

Pfarrer Akbulut, Familienvater von fünf Kindern ist Pfarrer einer kleinen syrisch-orthodoxen Gemeinde, der 4 syrisch-orthodoxe und je zwei armenische und chaldäische Familien, etwa 30 Personen, angehören. Vor 10 Jahren sollen es noch 10 Familien gewesen sein. Bei dem Gespräch sind mehrere Gemeindeglieder zugegen.

Das Pfarrzentrum ist, wie auch bei vielen Privathäusern üblich, mit einer hohen Mauer umgeben. Pfarrer Akbulut berichtet, dennoch sei bei ihm am 6. Januar 2003 eingebrochen und aus der Kirche eine aramäische Bibel, ein wertvolles Kreuz sowie ein altes Marienbild gestohlen worden. Bisher ist der Raub nicht aufgeklärt. (Die IGFM wird, sollte sie Fotos von Pfarrer Akbulut erhalten, diese ins Internet stellen, um den Verkauf des Diebesguts zu erschweren.) Akbulut läutet zweimal am Tag die Glocken seiner Kirche.

Der Dialog der Christen mit dem Islam sei nach wie vor schwierig, da es sich nach seiner Meinung von Seiten der Muslime um einen dirigierten, zweckgerichteten Kontakt handele mit dem Ziel, die Türkei als EU-fähig erscheinen zu lassen. Es gäbe zwar Gespräche mit Muslimen, aber nicht zwischen Pfarrern und Imamen. Christen würden in der Türkei nach wie vor als Menschen zweiter Klasse behandelt. In den türkischen Schulbüchern werde u. a. behauptet, Jesus Christus sei nicht gekreuzigt worden, sondern wie jeder Mensch gestorben.

Er sei, als er verhaftet worden sei, allein schon deswegen auf der Polizeiwache von Polizisten beschimpft worden, weil er mit seiner Frau auf aramäisch telefoniert habe. Kürzlich sei auf einer Außenmauer des Pfarrzentrums die Parole "Wir sind PKK-Mitglieder" geschrieben worden. Er sei anschließend von der Polizei aufgefordert worden, den Text zu entfernen. Er werde immer mal wieder von der Polizei vorgeladen, um ermahnt zu werden. Er gehe davon aus, dass er vom Geheimdienst überwacht werde. Er erklärt aber auch: "Ich habe keine Angst."

Nach seiner Meinung gehört die Türkei (noch) nicht nach Europa. Die neuen geplanten Religionsgesetze seien ihm nicht bekannt.

1.2. bei Pastor GÜvener

Die junge freikirchliche evangelische Gemeinde bezeichnet sich selbst als protestantische Kirche. Sie wird geleitet von Pastor Ahmet GÜvener und Jeremiah Mattix, einem US-Bürger. Etwa 40 Personen gehören zu seiner Pfarrgemeinde.

Pastor GÜvener konvertierte 1991 vom Islam zum Christentum. Auch alle anderen Gemeindemitglieder seien ehemals Muslime von Geburt oder nichtgläubig, gewesen. Im Gespräch wird vorgetragen, daß der Koran sie nach Lebenssinn suchende Menschen nicht überzeugt habe. Man könne nicht an einen Gott glauben, der bei Übertretungen von Geboten Amputation von Gliedmaßen fordere. Die Bibel vermittele ein ganz anderes Gottesbild als der Koran. Bei einer Konversion vom Islam zum Christentum gebe es durchweg Probleme mit der (Groß-)Familie des Konvertierten.

Konvertierte hätten in der Türkei kein Recht, eine eigene Kirchengemeinde zu gründen. Der türkische Staat vermerke die Glaubenszugehörigkeit im Pass.

Die Gemeinde habe Bauprobleme. Sie hätte eine Anklage wegen unerlaubter baulicher Veränderungen in ihrem Gemeindehaus erhalten. Dann habe sich aber herausgestellt, dass die Baumaßnahmen nicht genehmigungspflichtig seien. Deswegen sei das Verfahren im Februar 2003 eingestellt worden. Rechtliche Kriterien für den Bau einer Kirche oder der Umwidmung eines Gebäudes zu einem Gottesdienstraum fehlten. In dem Zusammenhang wird auf Art. 661 des türkischen Baugenehmigungsgesetzes genannt. In der Stadt Mersin sei erst kürzlich von den türkischen Behörden eine evangelische Kirche geschlossen worden. Die Polizei störe Gottesdienste von Christen; sie könnte auch ihnen den Gebetsraum jederzeit schließen.

Die Gemeindemitglieder verteilten auf der Straße auch Bibeln. So konnten seit April 2003 1500 Bibeln verteilt werden. Als dies vor der Technischen Hochschule in Diyarbakir geschehen sei, sei das Gemeindemitglied Timur wegen angeblicher Beleidigung Mohammeds über zwei Jahre angeklagt und erst am 26. Juni 2002 freigesprochen worden. Timur habe seine Arbeitsstelle beim Staat verloren, habe nach der Haft anfangs bei einem privaten Wasserversorgungswerk gearbeitet und sei derzeit bei einer Kanalisationsfirma beschäftigt. Die Polizei habe ihm gedroht, wenn er weiter missioniere, könne er einen Autounfall erleiden oder von einer Kugel getroffen werden. Deswegen könne Timur zur Zeit öffentlich nicht mehr predigen oder Bibeln verteilen. In der Gemeinde gibt es nach den Gottesdiensten regelmäßig Informationen für an Jesus und dem Christentum interessierten Gästen.

Die Telefone von Gemeindemitgliedern würden überwacht. Inhalte von Telefongesprächen seien ihnen nämlich von der Polizei bei Verhören vorgehalten worden.

Die beiden Gemeindeleiter halten die Türkei in der jetzigen Form noch nicht für EU-tauglich. Man sollte der Türkei aber die Tür nach Europa offen halten. Von den Reformgesetzen liegt ihnen nichts Schriftliches vor. Es gibt keine Rechtssicherheit.

2. Reiseziel Tur Abdin

Im Tur Abdin im Südosten der Türkei gibt es mehr als 1.600 Jahre alte Klöster, die zum Teil heute noch den Christen geistliche Zentren, Zuflucht und religiöse Heimat sind. Seit den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben über 200.000 Christen den Tur Abdin verlassen, teils aus wirtschaftlichen Gründen, die meisten aber auf Befehl der türkischen Armee im Rahmen der systematischen Dorfräumungen im Bürgerkrieg zwischen dem türkischen Militär und kurdischen PKK. Man schätzt, daß um die Jahrtausendwende noch etwa 2000 Christen im Tur Abdin wohnen. Seit Präsident Ecevit 2001 die im Ausland befindlichen Christen zur Rückkehr eingeladen hat, gibt es einzelne Rückkehrinitiativen. Rückkehrwillige stehen heute vor dem Problem, daß in ihre verlassenen Häuser kurdische Familien eingezogen sind, die diese nur ungern wieder verlassen. Es ist überdies zu gewalttätigen Übergriffen auf Christen gekommen. Von Religionsfreiheit ist der Tur Abdin noch weit entfernt. Entgegen dem offiziellen Verbot des Religionsunterrichts in der aramäischen Sprache findet ein reges rituelles und gesellschaftliches Leben in der aramäischen Sprache statt.

Ziel der Reisegruppe waren der Besuch des syrisch-orthodoxen Bischofs Mar Philoxenos im Kloster Deyrulzafaran bei Mardin und des Erzbischofs Timotheos Samuel Aktas im Kloster Mar Gabriel, Gespräche mit den Religionslehrern im Tur Abdin, deren wirtschaftliches Auskommen u.a. von der IGFM gefördert wird, Gespräche mit rückkehrwilligen Christen, der Besuch von Mönchen und Klöstern sowie Begegnungen mit Christen in den Dörfern. Als Gastgeschenk hatte die Gruppe Weihrauch mitgebracht, der sehr dankbar angenommen wurde. Die Reisegruppe hatte während des mehrtägigen Aufenthalts Quartier in Klöstern, wo sie nach ihren Tagesfahrten in einem Mietbus zurückkehrten, um am nächsten Tag ein neues Ziel anzufahren. Die Rückkehr nach Diyarbakir zum Weiterflug nach Istanbul führte über Mardin, wo dem Leiter der syrisch-orthodoxen Gemeinde Pfarrer Gabryel ein Besuch abgestattet wurde.

2.1. Besuch bei Bischof Mar Philoxenos Saliba Özman im Kloster Deyulzafaran bei Mardin

Bischof Philoxenos, 39 Jahre alt, wurde am 9. Februar 2003 in Damaskus vom syrisch-orthodoxen Patriarchen zum Bischof geweiht. Der Bischof, der u.a. in Oxford studiert hat, ist einer von drei syrisch-orthodoxen Bischöfen in der Türkei. Bischof Mar Philoxenos Saliba machte einen guten und hoffnungsvollen Eindruck einer neuen Generation von intellektuell geschulten Bischöfen.

Nach seinen Angaben leben in der Stadt Mardin 70 christliche Familien, die meisten christlichen Dörfer hätten bis zu 20 Familien. In seinem Kloster gibt es neben Lehrern und Arbeitern nur einen Mönch. Dem Aderlaß für die syrisch-orthodoxe Kirche gewinnt er positive und negative Seiten ab.

Als positiv nennt er:

Die syrisch-orthodoxen Christen werden im Ausland mit europäischer Bildung und Technik vertraut.

Sie unterstützen die daheim Gebliebenen finanziell.

Sie sind sich im Ausland der Problematik ihres Volkes in der Türkei bewusst geworden.

Sie kommen aus einer glaubensbewussten Kirche und geben Impulse in die westlichen Kirchen.

Negativ sei anzumerken:

Die Geflüchteten haben zum Teil ihre Heimat und ihre traditionellen Wurzeln vergessen.

Je kleiner die Volksgruppe in der Türkei wird, desto weniger politisches Gewicht hat sie.

Die Ausgewanderten, aber auch die Zurückgebliebenen haben als kleine Gruppe keine so kräftige Moral mehr.

Den Kindern - zur Zeit etwa 10-15 Schüler - darf nach wie vor offiziell kein Religionsunterricht in der Muttersprache, dem Aramäischen, erteilt werden. Deswegen konnten sie auch keine offiziellen Schulzeugnisse ausstellen. 1980 hätten nicht einmal mehr aramäische Lieder gesungen werden dürfen. Inzwischen werde das wieder geduldet, aber eben nur in einer rechtlichen Grauzone.

Dem Bischof schwebt der Gedanke eines international anerkannten Colleges in Deyrulzafaran vor. Aus anderen Quellen (z.B. Heft ICO 10/2003, S.15) ist bekannt, daß Philoxenos die Schule auch für die Ausbildung von Geistlichen reaktivieren möchte. Philoxenos hofft, daß sich Gläubige zum klösterlichen Leben entschließen, um ihm bei seinen Aufgaben zu helfen.

Die türkischen Religionsgesetze könne man als gut bezeichnen. Aber zwischen Theorie und Praxis bestehe ein großer Unterschied. So würden Eingaben von Christen bei den Behörden oftmals nicht beantwortet. Ein Bezug auf den Lausanner Vertrag von 1923 führe nicht weiter, denn danach könnten sie lediglich als Minderheit anerkannt werden. Hier sei Hilfe von den im Ausland lebenden Christen erforderlich.

Die EU-Kandidatur der Türkei kann eine Hoffnung für die Christen sein - es gibt Fortschritte -, aber über den Beitritt muß die EU selber entscheiden.

Bischof Mar Philoxenos Saliba hält einen gegenseitigen Besuch der Kirchen für wichtig und hofft weiter auf eine gute Zusammenarbeit. Seit ca. 20 Jahren gebe es einen Dialog mit westlichen Kirchen.

Auf der bevorstehenden Synode in Damaskus stünden Themen wie kirchliche Verwaltung, aber auch Schwangerschaftsabbruch und Priesterweihe für Frauen auf der Tagesordnung.

2.2. Gespräch mit Bischof Timotheos Samuel Aktas im Kloster Mar Gabriel

Das Kloster ist über 1.600 Jahre alt und gehört zu den ältesten Klöstern im Tur Abdin. Die IGFM bemüht sich seit einigen Jahren um die Aufnahme des Klosters in das Kulturerbe der Menschheit. Einst Wirkungsstätte für über 100 Mönche, beherbergt es heute nur noch den Erzbischof, drei Mönche und einige Schüler.

Erzbischof Timotheos wünscht sich von der Türkei endlich für seine Kirche eine gesicherte Rechtsposition. Die Christen dürften nicht länger der Willkür von Behörden oder einzelnen Beamten ausgesetzt sein. Insbesondere sei es erforderlich, dass die aramäische Sprache offiziell gebraucht werden könne und in den Schulen gelehrt werden dürfe. Den Lausanner Vertrag solle man ruhen lassen. Erforderlich sei, dass die Minderheitenrechte in der Türkei Verfassungsrang bekämen. Einen theologischen Austausch mit anderen christlichen Kirchen würde er begrüßen.

2.3. Gespräche mit Religionslehrern im Tur Abdin

Lehrer bilden einen Zusammenhalt für die verbliebenen Christen und die Rückkehrer. Wo eine Schule ist, da ist Zukunft. Im ganzen Tur Abdin gibt es (nur) 12 Religionslehrer. Die Kirche trägt 300 €, das ist Hälfte des vorgesehenen Jahresgehalts, die andere Hälfte ist durch Spenden aufzubringen. Die IGM versucht dazu einen Beitrag zu leisten. Die Reisegruppe besuchte Lehrer und Bewohner in den Dörfern Miden, Bisorino, Bakisyan (Alagöz), Gündüşkrü und Kafro.

2.3.1. Lehrer Lahdo Barinc im Dorf Miden

Lahdo Barinc betreut etwa 40 - 50 syrisch-orthodoxe Familien mit insgesamt 250 Personen in Miden. Diese seien übriggeblieben nach der durch die Zypernkrisen im Jahre 1974 ausgelösten Flucht. Man habe damals zum Mittel der Erpressung gegriffen und Leute entführt. Auch er sei für sieben Monate entführt worden und man habe ein hohes Lösegeld von seiner Familie verlangt, weil man gewusst habe, dass Familienmitglieder im Ausland arbeiteten. (Während der Begegnung waren Angehörige aus Deutschland zu Besuch.) Wenn seine Familie nicht gezahlt hätte, hätte man ihn mit Sicherheit umgebracht. Die Summe, die man erpresst habe, könne er auch heute noch nicht bekanntgeben, weil er und seine Frau erneut mit Repressalien rechnen müssten. Die Schulden für das Lösegeld müsse die Familie noch heute abbezahlen. Selbstverständlich habe man Anzeige erstattet. Die Polizei hätte die Entführten finden und die Entführer verhaften können, wenn sie denn überhaupt Nachforschungen angestellt und gesucht hätte. Aber es sei so gut wie nichts geschehen.

Ein Anwesender erwähnt, 1971 sei es streng verboten gewesen, Aramäisch zu sprechen. Ein Lehrer habe z.B. seine Schüler aufgefordert, ihm jeden zu melden, der auf der Straße Aramäisch spreche. Ein Schüler sei darauf dem Lehrer gemeldet worden. Der Lehrer habe den Schüler zur Rede gestellt und so auf ihn eingeprengelt, dass er ihn totgeschlagen habe.

Die Häuser und Grundstücke, die die Christen wegen der bedrohlichen Situation verlassen hätten, seien alsbald von muslimischen Kurden besetzt worden. Sie weigerten sich jetzt, Häuser und Grundstücke an die zurückkehrenden bzw. rückkehrwilligen Christen zurückzugeben. Die Regierung bleibe untätig. Zwar hätten die Rückkehrer schließlich den eingesickerten Kurden 50 % der Äcker geschenkt, aber trotzdem seien die Kurden unzufrieden. Von den Kurden gehe immer wieder Streit aus, weil sie ihre Ziegen und Schafe in die Felder und Weinberge der Christen trieben. Die Christen wendeten keine Gewalt an, sondern verließen sich auf das Recht, aber staatliche Hilfe zur Durchsetzung gebe es nicht.

Herr Lahdo unterrichtet die christlichen Kinder täglich. Die Schüler im Alter von 4 bis 15 Jahren kommen nach dem offiziellen Unterricht in der Schule zu ihm, und er erteilt ihnen eine bis drei Stunden Religionsunterricht in ihrer Muttersprache, an Samstagen sogar von 8 Uhr bis 13 Uhr. Er habe etwa 40 Schüler. Der Unterricht wird in einem der Kirche angegliederten Unterrichtsraum erteilt.

2.3.2. Lehrer Yakub in Bisorino

Lehrer Yakub unterrichtet zur Zeit 22 Schülerinnen und Schüler. Sein Unterrichtsmaterial bezieht er über das Kloster Mar Gabriel. Er beklagt, daß Religionsunterricht in der Muttersprache nach wie vor offiziell nicht erlaubt sei. Samstag führt er die Schüler in die Liturgie für den Sonntag ein, ebenso vor großen Festen wie Weihnachten und Ostern. Der Bischof visitiert die Gemeinde jährlich.

Im Dorf lebten vor 20 Jahren noch 80 Familien, heute seien es noch 22 Familien mit insgesamt 135 Personen. Mit Blick auf die letzten Jahrzehnte meint er, die christliche Dorfbevölkerung sei schikaniert worden. Auch heute würden Straßen nicht zur Verbesserung der Infrastruktur zu und in den Dörfern gebaut, sondern für andere, vom Staat bestimmten Zwecke. Vor drei Jahren wurde ein Brunnen eröffnet, Kanalisation und Wasserleitung sind beantragt, vor zwei Jahren wurde bisher vergeblich ein Antrag auf eine Reststraße in das Dorf hinein gestellt.

2.3.3. Lehrer Eliyo in Bakisyan (Alagöz)

Dieser Lehrer betreut ein rein christliches Dorf. Er hat keine Probleme.

2.4. Gespräche mit Rückkehrwilligen

Gemein ist allen Rückkehrwilligen Aufbruchstimmung auf der einen Seite und Furcht vor gewalttätigen Übergriffen auf der anderen. Dem Aufruf Ecevit im Jahre 2001 folgen nur wenige. Zu gering ist der Glaube, daß alle Probleme im Einvernehmen gelöst werden könnten. Die Erinnerung an die Vertreibung ist vielen noch sehr deutlich vor Augen. Zwischen 1990 und 1994 wurden im Südosten der Türkei etwa 1.500 Dörfer zwangsweise geräumt, um im Aufmarschgebiet der türkischen Armee freies Schußfeld im Krieg gegen die PKK zu haben. Noch bis Anfang 2003 - so Gesprächspartner - seien Teil des Tur Abdin militärisches Schutzgebiet gewesen. Mit der Einladung Ecevit zur Rückkehr hatten Kurden viele der damals freigewordenen Häuser nach dem Rückzug der türkischen Armee für sich und ihre Familien in Beschlag genommen. Obwohl etliche Christen einen Teil ihres früheren Eigentums freiwillig abgetreten haben, herrscht Unzufriedenheit und es kommt zu Übergriffen.

2.4.1. Rückkehrwillige aus Deutschland in Gündüşükrü

Gündüşükrü liegt am Rande der Izlo-Berge und der syrischen Grenze. Gündüşükrü ist Ziel von Rückkehrern. Sieben Familien sind bereits zurückgekehrt, teilweise aber erst bei anderen christlichen Familien untergekommen. Kaum sei eine Rückkehr in die evakuierten Gebiete möglich gewesen, seien fünf kurdische Familien in die leer stehenden Häuser eingezogen. Vier kurdische Familien hätten inzwischen die okkupierten Häuser geräumt. Eine kurdische Familie aber weigere sich, das von ihr besetzte Haus, dessen Besitzer ein Moslem sei, frei zu geben.

Ein bisher ungelöstes Problem ist der Schulunterricht für die Kinder, da es noch keine Schule am Ort gebe.

Als Erwerbszweig käme wie früher schon, der Weinbau in Frage. Im Altertum habe es vom Tur Abdin aus eine ca. 300 km lange Weinleitung nach Ninive gegeben.

2.4.2. Rückkehrwillige im Dorf Kafro

2.4.2.1. Der Fall Nuri Demir

In Kafro wollte die Reisegruppe christliche Beteiligte in einem folgenschweren Vorfall treffen, der sich am 19. April 2003 abspielte und dessen gerichtlicher Ausgang zum Zeitpunkt des Besuchs und dieses Berichts noch völlig offen ist:

Nuri Demir und Gabro Demir, zwei junge rückkehrwillige assyrische Christen aus Deutschland, die sich eine Unterkunft herrichten wollten, wurden von neun kurdischen Männern im Alter von 18 bis 35 Jahren überfallen und mit Äxten erheblich verletzt. Nuri sei mit der Axt am Kopf schwer getroffen worden und habe stark geblutet. Es sei ihm gelungen, zu einem in der Nähe geparkten Auto zu laufen und ein Gewehr heraus zu holen. Als die Angreifer trotz der Waffe weiter auf ihn zugekommen seien, habe er zwei Warnschüsse in die Luft gefeuert. Als das nichts geholfen habe, habe er zwei der Angreifer mit einem dritten Schuss mit Schrot in den Oberschenkel getroffen. Darauf seien die Angreifer weggelaufen. Er habe seinen stark blutenden Freund zum nächsten Krankenhaus gefahren, zuvor aber noch die Dorfschützer von dem Vorfall informiert.

Sein Kamerad sei für drei Tage im Krankenhaus verblieben, dann aber vom Arzt für haftfähig erklärt und ins Gefängnis gebracht worden. Auch einer der Angreifer sei ins Gefängnis gekommen, aber schon nach 10 Tagen auf freien Fuß gekommen. Für seinen Kameraden habe erst eine erhebliche Kautions gestellt werden müssen.

Gegen die Angreifer seien bis heute keinerlei polizeilichen oder staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bekannt geworden. Der Staatsanwalt habe sich offenbar nicht veranlasst gesehen, die in Frage kommenden Männer vorzuladen, sie zu verhören und durch die Angegriffenen identifizieren zu lassen. Der Staatsanwalt, der inzwischen versetzt worden sein soll, habe wohl auf ein Bakschisch gewartet. Als es ausgeblieben sei, sei er untätig geblieben. Gabro Demir erklärte, er würde mindestens drei bis vier der Angreifer wiedererkennen.

Die rückkehrwilligen Familien hätten nicht nur die Kautions für den verletzten und inhaftierten Gabro Demir aufgebracht, sondern inzwischen auch für den verletzten Täter gesammelt, damit er die Operationskosten für eine zweite Behandlung seiner Schussverletzungen bezahlen könne. Das seien immerhin 5.300 ?.

Ob diese Geste der Versöhnung von den muslimischen Kurden im Tur Abdin verstanden wird, bleibt abzuwarten. Der für den 24. September 2003 anberaumte Gerichtstermin wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die IGFM verfolgt den Fall aufmerksam und unterstützt die Wahrheitsfindung mit Pressearbeit.

2.4.2.2. Gespräch mit Jakob Demir

Jakob Demir ist der noch in der Schweiz lebende Leiter des Rückkehrervereins Kafro. Sie kämen nicht nach Kafro zurück, weil sie hier ein besseres Leben führen könnten, sondern weil sie ihre eigene Kultur und die Heimat nicht verlieren möchten.

Bisher habe es Schwierigkeiten politischer Art nicht gegeben. Sie hätten als Rückkehrer die sog. Rosa Karte erhalten. Sie gebe das Recht zu

Rechtsgeschäften aller Art, aber nicht das aktive und passive Wahlrecht.

Bemängelt wird, dass die Behörden die Zusagen, die Infrastruktur zu verbessern, nicht einhielten. So würden die Kosten für die Brunnenbohrung, für eine Abwasseranlage und für Telefonleitungen nicht übernommen. Das Anlegen des Brunnens habe z. B. 12.500 ? gekostet. Dabei habe die EU der Türkei zur Unterstützung der Heimkehrer (Anmerkung Redaktion: Wohl auch zum Aufbau im gesamten Südosten) 450 Mio ? zur Verfügung gestellt. Aber die Rückkehrer haben den Eindruck: "Vom Kamel bekommen wir nur die Ohren." Direktspenden aus dem Ausland seien nicht möglich. Sach- und Geldspenden könnten z. B. nur vom Deutschen Roten Kreuz an den Türkischen Roten Halbmond gegeben werden mit der Bitte, sie an eine bestimmte Person oder Organisation in der Türkei weiterzuleiten.

Die Macht der Agas, der Großgrundbesitzer, sei nach wie vor groß. Die Behörden seien gleichsam auf die Kooperation mit ihnen angewiesen, weil andernfalls die Gefahr bestehe, dass sie mit der PKK zusammenarbeiteten.

Die IGFM nimmt die Aussagen zum Anlaß, bei der EU nachzufragen, ob, in welcher Höhe und unter welchen Bedingungen Gelder zur Rückkehr der Christen in den Tur Abdin zugesagt worden sind, und wie die EU die Einhaltung der Abmachungen mit der Türkei überprüfe und was zu deren Erfüllung tue.

2.5. Gespräche mit Mönchen und in Klöstern

Die Klöster Mar Melke, Mar Jabub und Hah liegen mitten in den ehemaligen christlichen Siedlungsgebieten. Die Klöster, einst Zeugnisse lebendigen religiösen Lebens im Tur Abdin, werden heute, soweit ihnen überhaupt noch Klerus vorsteht, nur von wenigen einzelnen Mönchen geführt. Der Genozid an den assyrischen Christen 1915 und die Vertreibung in den siebziger Jahren hinterläßt gerade in und an den Klöstern nachhaltige Spuren. Der Glaube an die Reformfähigkeit der türkischen Gesellschaft ist Skepsis; langjährige Benachteiligung und der Mißbrauch der Machtstellung durch das türkische Militär haben zu einer mißtrauischen Haltung geführt; die Meinung zur Aufnahme der Türkei in die EU ist unterschiedlich - von Warnung bis vorsichtige Zustimmung.

(Erläuterung eines Gesprächspartners in Kloster Mar Melke: Christliche Wehrpflichtige, meistens erkennbar an ihren christlichen Vornamen, seien während der militärischen Ausbildung immer wieder schikaniert worden. Etliche Väter hätten schließlich ihren Söhnen Vornamen gegeben, die nicht als typisch christlich gälten. Christliche Rekruten schicke das Militär bevorzugt in kritische Regionen - zu Zeiten der Kämpfe gegen die PKK ins Tur Abdin.)

Man erwartet von Menschenrechtsorganisationen, daß sie die Einhaltung der von der Türkei unterschriebenen Verträge kontrollieren. Das Recht auf Rückkehr und die von Ministerpräsident Ecevit im Juni 2001 gemachten Zusagen müßten eingehalten werden. Die Rechtsunsicherheit für Rückkehrer müsse beendet werden. Mal erhielten sie das Recht auf Rückgabe ihres Eigentums, in einem anderen Bezirk werde es verweigert. Die Ansprüche der Rückkehrer würden von Kurden, die widerrechtlich in die christlichen Dörfer eingezogen seien, durchweg ignoriert. Schwierig sei es für Rückkehrer, wieder eine türkische Staatsbürgerschaft mit entsprechenden Rechten zu erhalten. Die IGFM müsse diese Intellektuellen unterstützen, denn diese

setzten sich für Reformen ein. Sie würden als Christen für die Einigung mit Europa beten, eine EU-Ablehnung wäre keine Freude, die Türkei soll ihre Hausaufgaben machen.

2.5.1. Kloster Mar Melke

Das Kloster Mar Melke liegt im Südosten nahe der syrischen Grenze. Es wird von zwei Mönchen geführt. Das Kloster Mar Melke wurde im Jahr 300 n. Chr. gegründet und im Lauf der Geschichte dreimal zerstört. Wichtige Bücher und Dokumente wurden dabei vernichtet. 1926 wurde es neu gegründet und ist seit 1950 wieder besiedelt.

Das Kloster Mar Melke lag nach Angaben der Gesprächspartner 1997 mitten im Kampfgebiet des türkischen Militärs gegen die PKK. Fast Nacht für Nacht habe es Schießereien gegeben. Die Kugeln seien über das Kloster geflogen. Nachts seien öfter PKK-Kämpfer gekommen und hätten Lebensmittel oder Anderes verlangt. Wenn man sich dann telefonisch an den nächsten Militärposten gewandt habe, sei von dort aber aus Angst keine Hilfe gekommen, allenfalls am nächsten Tag seien Soldaten gekommen. Dann aber hätte das Militär Vorwürfe erhoben und verlangt, dass man die PKK nicht unterstützen dürfe und bei Wiederholung mit Sanktionen gedroht.

Es sei schwierig, die vor ca. 30 Jahren verlassenen Dörfer neu zu besiedeln; skeptisch war insbesondere ein alter Mann. In den Dörfern wie Usederie gebe es weder elektrischen Strom noch Wasser. In ein anderes Dorf wollten sechs Familien zurückkehren, ebenso solle das Dorf Öchloh wieder besiedelt werden, das zuvor 1700 Jahre lang Bob geheißen habe.

Es sei zu beklagen, dass sich die christliche Minderheit im Tur Abdin nicht selbst verwalten dürfe. Die Christen hätten auch keinen Parlamentsabgeordneten, der ihre berechtigten Anliegen im Parlament und sonst in der Öffentlichkeit zu Gehör bringen könne.

Nach ihrer Meinung zu einem Beitritt der Türkei zu Europa befragt, kommen durchweg skeptische Reaktionen. Ihre Meinung und Befürchtung: Die europäische Verfassung werde von den Muslimen in der Türkei nicht praktiziert; sie würden vielmehr versuchen, Europa zu unterwandern.

2.5.2. Kloster Mar Yakub

Mar Yakub liegt nicht weit entfernt von Midyat. Mit Muslimen habe man negative Erfahrungen gemacht. Der Koran lehre Intoleranz. Man ist skeptisch gegenüber einem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union.

2.5.3. Kloster Hah

Das Kloster Hah wurde 353 gebaut und der hl. Maria geweiht. Es ist auf einem heidnischen Tempel errichtet worden. Das Kloster liegt hinter einem militärischen Kontrollpunkt, wo ein Teil der Reisegruppe ihre Pässe vor der Weiterfahrt abgeben mußten.

Im Kloster Hah macht ein junger assyrischer Christ Urlaub, der in Duisburg (Deutschland) wohnt. Er ist der Ansicht, daß die assyrische Jugend, die in Europa aufgewachsen ist, nicht in den Tur Abdin zurückkehren wird; die

Jugend, die jetzt im Tur Abdin lebt, soll dort bleiben. Er spricht sich gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei aus.

2.5.4. Kloster Dairo Duslibo Deir Salib (Kreuzkloster)

Die Anlagen am Kloster werden von zwei Rückkehrwilligen wieder aufgebaut bzw. durch zwei Wohnanlagen ergänzt. Seit 1999 bemühen sie sich bei der Bezirksregierung vergeblich um den Ausbau der Straße zum Dorf Kreuzkloster gestellt haben. Die Bezirksregierung beauftragte die Kreisverwaltung, die Straße zu bauen. Aber bisher sei nichts geschehen. Zuständiger Gouverneur sei Vali Geycnor, sein Stellvertreter heiße Kaymaleam. (Die IGFM wird sich beim Gouverneur nach dem Stand erkundigen und den Anträgen Nachdruck verleihen.)

Die Klosterkirche weist vom Feuer geschwärzten Wände auf, die 1915 durch das Ausräuchern der Christen durch Türken entstanden sind. Die Christen seien bei Angriffen von Muslimen immer wieder in die Kirchen geflüchtet, einmal weil sie sich ganz bewusst unter Gottes Schutz stellen wollten, andererseits, weil die Kirchenmauern einen gewissen Schutz gegen die Angreifer geboten hätten. 1915 hätten die Angreifer ein Loch in eine Mauer der Klosterkirche geschlagen und brennbares Material in die Kirche geworfen. 19 Personen seien verbrannt. (Auskunft der Tochter einer Augenzeugin)

2.6. Eindrücke und Gespräche in verschiedenen Dörfern

Die Reisegruppe besucht mehrere Dörfer. Während des Reiseverlaufs wurden Gerüchte gestreut, daß das Militär Besuch von Ortsfremden nicht zulasse und harsch gegen sie vorgehe. Auffallend war, daß jedes Dorf mindestens eine Kirche hatte, die trotz fehlender christlicher Bevölkerung restauriert war und jederzeit als Kirche hätten dienen können. Verlassene Kirchen werden hin und wieder von Schatzsuchern heimgesucht. Es wird vermutet, daß assyrische Christen im Ausland Geld für den Erhalt der Kirchen spenden. In den meisten Dörfern werden Moscheen gebaut.

Im Dorf Hapsis wurde an einer Dorfkirche gebaut. Ein älterer Mann und seine Frau waren die einzigen Christen in dem Dorf. Von der Dorfkirche aus geht es zu einem in der Nähe liegenden, verlassenen Kloster. Im Innenhof und in der Kirche sind an verschiedenen Stellen Wände und Fußböden aufgeschlagen worden sind, vermutlich das Werk von Schatzsuchern, die auch vor Gräbern nicht Halt machen. Die Mönche hatten in unruhigen Zeiten immer wieder wertvolle Bücher und liturgische Gefäße vor plündernden Soldaten und Räubern vergraben bzw. eingemauert. In den Gräbern wurden Zahngold und Schmuckstücke vermutet.

Das Dorf Bardakci hatten 1986 die letzten Christen verlassen; das Dorf wurde von muslimischen Kurden eingenommen und die Kirche in eine Moschee umgewandelt. Auf dem Dach wurde ein Minarett errichtet. Die Kurden hatten sich bereit erklärt, die Kirche zurückzugeben, wenn die Christen ihrerseits das Geld für den Bau einer Moschee spendeten. Das wurde ihnen von assyrischen Christen zugesagt.

In einem weiteren Dorf berichtete eine ältere Frau, daß ihr eine muslimische Familie die Räumung des Hauses versprochen hatte, wenn die Eigentümer zurückkehrten. In der Tat gab diese Familie das Haus zurück.

Die Regel sei, Rückkehrer seien willkommen, aber wenn es darum gehe, ihr früheres Eigentum zurück zu bekommen, verweigerten ihnen die Behörden jede Hilfe. So heiße es zum Beispiel: "In fünf Tagen wird alles geregelt." Dann würden die Rückkehrer auf drei Monate vertröstet und so weiter.

Der Fahrer der Reisegruppe erwähnt, daß im 16. Jahrhundert etwa 200 Dörfer unter dem Druck der hohen Kopfsteuer mit Billigung des Bischofs, um ihr Leben zu retten, vom Christentum zum Islam übergetreten sind. Die Nachfahren dieser früheren Christen sind bis heute den Christen gegenüber sehr aufgeschlossen.

2.7. Gespräch mit Pfarrer Gabriyel in Mardin

Pfarrer Gabriyel Akyüz ist der Leiter der syrisch-orthodoxen Gemeinde in Mardin. Früher gab es in dieser Kirche eine theologische Ausbildung. Mönche und Pfarrer erhalten derzeit ihre theologische Ausbildung in Oxford, Chicago und Göttingen, denn dort unterrichten 84 Wissenschaftler in der aramäischen Sprache. In Mardin gibt es zur Zeit nur einen vom Staat geduldeten Religionsunterricht für die Kinder.

Pfarrer Gabriyel erklärte zur Frage, ob zwischen Christen und Muslimen ein Dialog stattfinde, dass sich die Situation in letzter Zeit verbessert habe und zwar sowohl im Hinblick auf die Mullahs als auch mit der muslimischen Bevölkerung wie auch mit staatlichen Stellen. Pfarrer Gabriyel hofft, dass die Christen alle Rechte bekommen, die auch den anderen zustehen und zwar bevor die Türkei in die EU aufgenommen wird:

Das Recht auf Unterricht in der Muttersprache, nämlich der aramäischen Sprache.

Die staatliche Anerkennung der Ausbildung in den christlichen Schulen. Zugang der Christen zu allen staatlichen Ämtern, denn bisher könnten Christen weder Gouverneur noch Polizeipräsident noch Richter oder Staatsanwalt noch Offizier werden. Christliche Rekruten würden in die "schlechten Ecken" geschickt, nämlich in Gebiete, in den es gefährlich sei. Die türkische Regierung sei an dieser Gleichstellung der Christen interessiert, aber die konkreten Schritte zur Zuerkennung der Rechte ließen noch auf sich warten.

Pfarrer Gabriel wünscht sich, dass die aus dem Tur Abdin geflohenen Christen ihre Heimat nicht vergessen und dass das Christentum wieder wächst. Deswegen freut er sich, wenn die Rückkehrer unterstützt werden. Er dankt gleichzeitig dafür, dass so viele Flüchtlinge auch in Deutschland Aufnahme gefunden haben. "Aber die Geflohenen sind nicht religiöser, sondern laxer geworden", stellt er fest." Allmählich würden die Christen in der Türkei wieder wahrgenommen. Die Vertreter würden zu Empfängen eingeladen. Bisher bestehe noch Angst, Bibeln zu verteilen sowie mit Muslimen ein religiöses Gespräch zu beginnen. Man warte, bis ein Muslim auf Glaubensfragen zu sprechen komme. Er selbst kenne den Koran und auch andere Bücher über den Islam. Er selbst habe jetzt zum Beispiel ein Buch über die Jesiden geschrieben.

Von den geplanten neuen Religionsgesetzen habe er, so erklärt Pfarrer Gabriel, noch nichts gehört. Die Regierung habe aber zugesagt, in den Schulbüchern das Bild über die Christen zu korrigieren.

Der Pfarrer hofft, dass die Christen bei einem Beitritt der Türkei zu

Europa mehr Freiheit bekommen. Einige Muslime aber fürchteten offenbar, dass dann viele Muslime Christen werden könnten.

Während des Gesprächs wird Pfarrer Gabriyel darüber informiert, dass ihn eine Gruppe von Muslimen sprechen will. Nach einer kurzen Beratung mit Männern aus seinem Umkreis werden die Muslime in den Empfangsraum gebeten und der Reisegruppe als Männer mit einem Mufti aus einem Dorf in der Nähe von Mardin sowie einem Imam aus Istanbul vorgestellt. Auf die Frage an den Imam, ob er sich eine christliche theologische Hochschule in der Türkei vorstellen könne, kommt die Gegenfrage: "Warum denn nicht?" und der Hinweis, dass es so etwas 600 Jahre lang in der Türkei gegeben habe. Pfarrer Gabriyel verlässt schließlich mit den Muslimen den Raum. Nach ca. 10 Minuten kommt er mit der Gruppe zurück und demonstriert uns, dass er dem Imam eine Bibel geschenkt hat. Pfarrer Gabriel und der Imam lassen sich mit der Bibel in der Hand fotografieren.

Nach Ansicht von Pfarrer Gabriyel gibt es zwischen der syrisch-orthodoxen Kirche und der römisch-katholischen Kirche in der Theologie insbesondere in folgenden Punkten Klärungsbedarf: Trinitätslehre, hypostatische Union, Auferstehungslehre und Lehre vom Fegefeuer, Petrusamt, Unfehlbarkeit, Ehebruch als Scheidungsgrund, Zölibat für Diözesanpriester, Erbsündenfreiheit Mariens von Anfang an.

3. Reiseziel Istanbul

In Istanbul, dem europäischen Brückenkopf der Türkei, lebt die überwiegende Zahl der Christen in der Türkei. Eine wechselvolle Geschichte, Tourismus, Handel und internationale Politik haben zu einer Konzentration von Kirchen und christlichen Gemeinden zahlreicher Glaubensrichtungen geführt. Ob die neuen Religionsgesetze anerkannt werden, ob es Fortschritte bei der Achtung der Religionsfreiheit gibt, darüber lassen sich in Istanbul zahlreiche Gesprächspartner finden. Istanbul war daher schon vorher dreimal Ziel einer Untersuchungsmission der IGFM; letztmalig 2001. (siehe auch Sonderprospekt "Christen in der Türkei") Aus zeitlichen Gründen beschränkte sich die Gruppe auf die Besuche beim armenisch-apostolischen Patriarchen Mesrob Mutafyan, bei Pfarrer Holger Nollmann von der deutschen evangelischen Gemeinde, bei Pfarrer Ferdinand Thomé von der deutschen römisch-katholischen Pfarrei St. Paul sowie Gespräche mit dem Journalisten Isa Karatasch und Frau Fatma Ünlü, Vorstandsmitglied der evangelischen freikirchlichen Gemeinde im asiatischen Teil Istanbul, sowie weitere Gesprächspartner, die um Anonymität baten. Alle Gesprächspartner waren sich hinsichtlich der Bewertung der zögerlichen Umsetzung der vorgeschlagenen Reformgesetze zum Zwecke der Aufnahme der Türkei in die EU einig, jedoch überwog deutlich die Hoffnung, daß dadurch die Lage der Christen in der Türkei und die Menschenrechte insgesamt gestärkt werden.

3.1. Gespräch mit Patriarch Seine Seligkeit Mesrob Mutafyan

Mesrob Mutafyan, 47 Jahre alt, ist seit 1998 "Patriarch von Konstantinopel" der armenisch-apostolischen Kirche. Er konnte 1998 erst nach Schwierigkeiten und Behinderungen durch lokale Behörden in Istanbul eingesetzt werden. Der Patriarch residiert im Stadtteil Kumkapi direkt gegenüber der Patriarchatskirche.

Der Patriarch berichtet, es gebe weltweit vier armenische Zentren: Eriwan,

Burat, Jerusalem und Istanbul. Die seien zuständig für 72 Diözesen, darunter auch die Diözese in Köln. Die Istanbuler Jurisdiktion erstreckte sich auf die gesamte Türkei und Kreta. Die Geschichte der armenischen Kirche reiche in Istanbul bis ins 4. Jh. zurück. Seit 1461 habe Istanbul ein armenisches Patriarchat und zwar - eine Kuriosität: - auf Grund einer Anordnung von Sultan Memet II. Damals habe es einen griechischen und einen armenischen Patriarchen gegeben.

Im Jahr 1814 sei der armenische Patriarch auch zuständig geworden für die syrisch-orthodoxen und andere orthodoxe Kirchen.

In der Türkei gebe es ca. 70 Mio. Staatsbürger, darunter gegenwärtig etwa 120.000 Christen. Davon seien 90.000 Armenier, davon wiederum seien 30.000 Gastarbeiter aus dem neuen Staat Armenien. Etwa 1 Mio Armenier sei aus verschiedenen Gründen zum Islam "bekehrt" worden. Seit in der Türkei etwas mehr Freiheit für die Glaubensgemeinschaften festzustellen sei, hätten etliche Muslime erklärt, ursprünglich seien ihre Familien christlich gewesen.

Die armenische Kirche habe in der Türkei 43 Gemeinden, darüber hinaus 2 Krankenhäuser, 2 Waisenhäuser, 7 Schulen, 4 Zeitungen, davon 2 Tageszeitungen, 4 Monatszeitschriften, 20 Kirchenchöre und 22 Vereine.

Die kirchlichen Gruppen hätten wie alle anderen Vereine in der Türkei ihre Probleme. Es sei die Sorge vor dem Zerfall des Staates.

Die Rolle des türkischen Militärs sei bedeutend. Sie gelte nach wie vor als Garant der Einheit, auch gegenüber den Bestrebungen fundamentalistischer Muslime nach einem religiösen Staat und den ethnischen Problemen wie der großen Bevölkerungsgruppe der Kurden.

Der Patriarch nennt folgende Problembereiche:

Probleme mit den Nachbarstaaten auf Grund der Geschichte,

Probleme mit fanatischen Muslimen im säkularen Staat,

Identifikationsprobleme mit der Staatsform,

Probleme mit der Haltung, alle bedeutenden Leute der Weltgeschichte seien Türken (gewesen); so gelte bei nationalistischen türkischen Muslimen auch Jesus Christus als Türke, und Türken seien es gewesen, die den Weg über die Behringstraße nach Alaska entdeckt hätten und ebenso den Seeweg nach China; diese Meinung herrsche bei etwa 10 bis 20 % der Türken; bei dieser Einstellung, diesem Gigantismus sei natürlich für Minderheiten wie Christen kein Platz.

Die Christen könnten zwar Schulen betreiben, aber keine Lehrerausbildungsstätten. Es gäbe zwar Priester, aber keine Priesterausbildung.

Der Erwerb von Immobilien sei nur unter Auflagen möglich. Sie seien bisher auf den Stand der Jahre 1920 - 1936 festgelegt. Jetzt sei von einer Gesetzesvorlage die Rede, die Besserungen bringen sollte, aber auch wenn das Gesetz verabschiedet werden sollte, dürften die Ausführungsbestimmungen wohl noch auf sich warten lassen.

"Auf dem Papier sind wir eine akzeptierte Minorität." Katholiken und Protestanten haben dagegen keinen offiziellen Status. Es gebe mit den Imamen keinen Dialog. Eine Heirat von Christen mit Muslimen sei verpönt.

Die Türkei habe sich zwischen 1940 und 1950 entschieden, zur westlichen

Welt gehören zu wollen. Sie sei Mitglied der NATO geworden und habe sich für das Machtdreieck USA - Europa - Israel entschieden.

Der Patriarch bittet darum, keine vorschnellen Urteile über die Türkei zu fällen, dafür sei die Situation zu komplex. Er spricht sich für eine Aufnahme der Türkei in die EU aus; etwa 70 % der Türken seien für eine Aufnahme in die EU. Die türkische Bevölkerung sei im Allgemeinen freundlich.

3.2. Gespräch mit Pfarrer Holger Neumann, deutsche evangelische Gemeinde

Die Adresse des Gemeindezentrums der deutschen evangelischen Gemeinde ist: Emin Camii Sok.40, 34435 Beyoglu. Hier werden z.B. um 10.30 Uhr ebenso wie zur selben Zeit bei der deutschen katholischen Gemeinde Sonntagsgottesdienste angeboten. Beide Gemeinden haben einen gemeinsamen Gemeindebrief. Für Informationen Homepage: www.ev-gemeinde-istanbul.de.cx bzw. www.stpaul.de .

Die Gemeinde wurde 1843 gegründet ausschließlich für die Bedürfnisse der in Istanbul lebenden evangelischen Christen. Deswegen nimmt die deutsche evangelische Gemeinde satzungsgemäß keine türkischen Staatsbürger auf. Zuerst seien Schule und eine Asylunterkunft entstanden, erst danach die Kirche. Die Gottesdienste seien in Privaträumen gehalten worden. Das heutige Gemeindezentrum sei zuvor ein Krankenhaus gewesen. Eine gute Zusammenarbeit bestehe mit sechs weiteren christlichen Kirchen wie der deutschen katholischen Pfarrei, der österreichischen St. Georg-Gemeinde, der Anglikanischen Kirche, der Junior Church, einer amerikanischen Kirche, der griechisch-orthodoxen und der armenisch-orthodoxen Gemeinde. Der diakonale Dienst konzentriere sich insbesondere auf die Gestrandeten und Flüchtlinge und darunter besonders auf die schwangeren Frauen. Es gebe eine Suppenküche, eine Kinderschule, Rechtsberatung, eine Kleiderkammer. Die Flüchtlinge kämen derzeit vorwiegend aus Äthiopien und Eritrea. Vor einigen Jahren seien sie überwiegend aus Irak und Iran gekommen. Bei der Verteilung von Hilfsgütern werde nicht nach der Religion oder Konfession gefragt.

Die deutsche evangelische Gemeinde habe keinen Rechtsstatus. Er sei als Sozialattaché beim deutschen Konsulat angestellt. Sein Handlungsspielraum hänge insofern von der politischen Situation ab, ob nämlich die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei problemlos seien.

Anerkannte Moscheegemeinden erhielten Strom und Wasser kostenfrei. Auch die deutsche evangelische Gemeinde habe einen Antrag auf Befreiung gestellt. Nach zwei Jahren sei dem Antrag im Hinblick auf kostenlosen Strom stattgegeben worden. Einen Gasanschluss für ein Haus erhalte man nur, wenn man Eigentümer des Grundstücks sei. Die evangelische Gemeinde sei aber nicht im Grundbuch eingetragen. Also sei insoweit nichts zu machen gewesen. Sie habe aber durch Urkunden nachweisen können, dass ihr das Grundstück zugewiesen worden ist. Darauf hin sei ein Gasanschluss gelegt worden.

Wenn eine Parzelle im Grundbuch eingetragen sei, aber das darauf befindliche Gebäude nicht, könne der Staat das Gebäude abreißen lassen und einen Neubau darauf errichten. Zur Zeit gebe es in Istanbul bei einer christlichen Schule wieder ein Enteignungsverfahren.

Alle zwei bis drei Monate komme jemand von der Behörde und erkundige sich

unter einem Vorwand, ob nicht doch türkische Staatsangehörige in die evangelische Gemeinde aufgenommen worden seien. Er gebe immer bereitwillig Auskunft und hätte dann wieder für 2 bis 3 Monate Ruhe. Wenn jemand komme, der sich ernsthaft für das Christentum interessiere, verweise er ihn auf die wenige Häuser weiter angesiedelte freie evangelische Gemeinde, die aus türkischen Mitgliedern bestehe.

Die Widerstand gegen Reformen wird vor allem dem Mittelbau in den Behörden angelastet. Die Staatsführung sei geprägt vom kemalistischen Fundamentalismus, nicht vom religiösen. Der Mittelbau verhindere eine Öffnung zu mehr Liberalität. Aber auch Intellektuelle und Künstler sowie die Medien schauten kritisch auf die Politik der Regierung Erdogan, ob sie nicht den Islamisten zuviel Spielraum gebe.

Das neue Religionsgesetz werde von der Regierung deklariert als Präzisierung der Bürgerrechte. Pfarrer Nollmann erwartet von einer Aufnahme der Türkei in die EU eine Dynamik zu mehr Freiheit im gesellschaftspolitischen Raum. Die Kirchen in Istanbul befürworteten deswegen den Aufnahmeantrag der Türkei, auch die deutschen Stiftungen, die in Istanbul tätig seien.

Im Hinblick auf einen Dialog mit den Vertretern der Moscheen gebe es allenfalls eine gebrochene Nähe. Der Ausbildungsgrad der Imame sei nicht immer hoch. Die Imame, die nach Deutschland geschickt würden, seien schon die besten. Er werde als Vertreter der evangelischen Kirche zu offiziellen Empfängen eingeladen, obschon es die evangelische Kirche offiziell in der Türkei ja nicht gebe. Gegen ausländische Vertretungen werden immer wieder Stimmen laut, die behaupten, daß durch deren Einflussnahme und auch durch den missionarischen Einsatz christlicher Kirchen es zum Zerfall des Osmanischen Reiches gekommen sei.

3.3. Gespräch mit Pfarrer Ferdinand Thomé, deutsche römisch-katholische Gemeinde

Die Adresse der deutschen römisch-katholischen Pfarrei St.Paul in Istanbul lautet: Büyükciftlik Sok.14, 34365 Nisantasi.

Pfarrer Pater Ferdinand Thome gehört dem Orden der Pallottiner an. Er betreut seit 7 Jahren die deutschen Katholiken in Istanbul und ist darüber hinaus auch für die gesamten deutschsprachigen Katholiken in der Türkei zuständig ist, auch für die Touristen. In Istanbul lebten etwa 2.000 Katholiken, viele davon Frauen, die mit Türken verheiratet seien.

Die deutsche katholische Gemeinde existiert juristisch nicht. Er ist beim deutschen Konsulat angestellt. Das Zusammenleben mit den Nachbarn sei besser als der juristische Status. Er öffne das Pfarrzentrum jedes Jahr zum Pfarrfest auch für die muslimische Nachbarschaft. Einladen dürfe er die türkischen Nachbarn aber nicht, denn dann erwarteten die, dass sie kostenlos Speisen und Getränke erhielten. Das Pfarrfest diene aber wie überall in Deutschland dazu, Einnahmen für besondere Projekte zu erzielen.

Im Garten des Anwesens befindet sich eine Kapelle, die vor einigen Jahren gebaut worden ist. Früher sei dort eine Wassersammelstelle gewesen, und das sei auch im Grundbuch eingetragen worden. Jemand habe die kath. Gemeinde wegen des Kapellenbaus angezeigt, und die Stadtverwaltung habe eine

Untersuchung eingeleitet. Man habe sich schließlich darauf verständigt, es im Grundbuch bei der Eintragung des Gebäudes als Wassersammelstelle zu belassen. Man könnte sich für das Recht auf Erhalt der Kapelle auf ein Recht berufen, welches besagt, dass ein Gebäude stehen bleiben darf, wenn es über Nacht erbaut worden ist und ein Dach hat.

Er habe im Süden der Türkei einen Raum für Gottesdienste gesucht und eine verfallene Kirche renovieren wollen. Über das Deutsche Generalkonsulat habe er bei der Stadtverwaltung von Izmir einen entsprechenden Antrag gestellt, aber einfach keine Antwort erhalten. Schließlich sei ihm erlaubt worden, die Bauruine wiederherzustellen. Es handele sich um eine ehemalige griechisch-orthodoxe Kirche. Die griechisch-orthodoxe Kirche habe der Renovierung und Nutzung durch die katholische Kirche zugestimmt. Die Eigentumsverhältnisse seien nicht geändert worden. Die "Renovierung" habe nur mit privaten Mitteln erfolgen können.

Inzwischen gebe es etwa 1.700 Anträge von Stiftungen, die sich um Kirchen(neu)bauten kümmern wollten und beim türkischen Staat ihre Anerkennung beantragt hätten. Über 700 Anträge seien abgelehnt worden mit der Begründung, dass das nicht nötig sei. Etwa weitere 700 Anträge seien auf die lange Bank geschoben worden mit der Begründung, dass Unterlagen fehlten, die die Behörden in Wirklichkeit aber längst vorliegen hätten. Bisher seien erst etwa 300 Anträge auf Anerkennung als Stiftung genehmigt worden. Damit sei nur der erste Schritt erfolgt. Wenn es dann um den Bau oder die Renovierung einer Kirche oder den Erwerb eines Grundstücks gehe, gebe es weitere Möglichkeiten, alles zu verzögern oder sogar zu blockieren.

Türken, die sich für den katholische Glauben interessierten, verweise er an einen türkischen katholischen Priester in Istanbul. Vor der Taufe finde ein mehrjähriges Katechumenat statt. Zu der Taufe, die gewöhnlich der katholische türkische Bischof von Istanbul spende, würden aber nur handverlesene Angehörige und Freunde der Täuflinge eingeladen.

Das Verhältnis zur deutschen evangelischen Gemeinde sei gut; Ökumene sei wegen der vielen Sprachen in den einzelnen Kirchen schwierig.

Anschließend besucht die Gruppe die Kathedralkirche Hl.Geist, Sitz des römisch-katholischen Bischofs, Adresse: Cumhuriyet Cad. No.205/B, 80230 Harbiye. Hier hängt ein großes Bild des im Jahr 2000 seliggesprochenen Papstes Johannes XXIII, der während der 30er Jahre und des II. Weltkrieges als Apostolischer Delegat seinen Sitz in Istanbul hatte. In der Umgebung der Bischofskirche ist seit kurzem eine Straße nach Johannes XXIII benannt.

3.4. Gespräch mit Isa Karatasch, Journalist

Der Journalist Isa Karatasch ist evangelikaler Christ. Isa Karatasch ist der Mann, der das Thema "Enteignung christlicher Kirchen" in die Öffentlichkeit gebracht hat.

Herr Karatasch berichtet, unter der Regierung Erdogan habe sich die Situation der Christen in der Türkei verbessert. Das könne daran liegen, dass Ministerpräsident Erdogan selbst Zurücksetzung erfahren habe. Herr Karatasch meint, weil seit einigen Jahren in großem Umfang Moscheen gebaut würden, müssten auch Kirchen gebaut werden dürfen. Die christlichen Kirchen sollten bei der Stadt Bauanträge stellen. Zur Zeit dienten etwa 50

Privathäuser als "Kirchen". Auf der unteren Ebene der Beamtenschaft stecke noch viel altes Denken in den Köpfen. So sei erst kürzlich in Iskenderun ein Gottesdienstraum geschlossen worden und ebenfalls einer in Mersin. Der Gottesdienstraum in Mersin sei erst vor zwei Wochen geschlossen und sogar versiegelt worden.

Lt. Gesetz können auf der Straße Bibeln verteilt werden. Aber die Polizei mache durchweg Schwierigkeiten und suche das zu verhindern. Die Regierung schweige dazu. Die muslimische Bevölkerung aber beschimpfe oft die Leute, die Bibeln verteilten und greife sie tätlich an oder benachrichtige wegen der Auseinandersetzungen auf der Straße die Polizei. Fundamentalistische Muslime gingen nach dem Motto vor: "Wenn der Baum klein ist, kann man ihn biegen." Deswegen versuche man, sich die Christen gefügig zu machen. Das Diyanet veröffentliche Texte gegen die Christen. Es gebe immer mal wieder Demonstrationen von Islamisten vor christlichen Kirchen.

Andere Muslime wiederum sagten, man habe sie gelehrt, dass die Christen schlechte Menschen seien und nun würden sie das Gegenteil erfahren.

Herr Karatasch berichtet, er weise in seinen Büchern auf die vielen Unterschiede zwischen Bibel und Koran hin. Er könne seine Bücher in den Buchhandlungen Istanbuls zum Verkauf anbieten. Diskussionsrunden mit ihm seien auch im Fernsehen ausgestrahlt worden. In seiner Firma allerdings sei auch einmal ein Sprengsatz gelegt worden. Es gebe Leserbriefe gegen seine Bücher und gegen seine Enthüllungen. Seine Richtigstellungen würden von den Zeitungen aber keineswegs immer abgedruckt. Zudem gebe es islamische Institutionen, die gegen die Christen kämpfen wollten.

Herr Karatasch spricht sich für einen Beitritt der Türkei zur EU aus, damit von der Türkei die Einhaltung der Religionsfreiheit eingefordert werden könne. Lediglich linke Gruppierungen und Fundamentalisten seien gegen den Beitritt der Türkei zur EU. Sie fürchteten um den Islam in der Türkei. Der neben Herrn Karatasch sitzende Bruder spricht sich gegen den Beitritt der Türkei zur EU aus. Es diene der Türkei zur Islamisierung Europas und die Europäer wüßten nicht, was Islam bedeute.

Die türkische Linke habe einen Fernsehsender und eine Zeitung. Nach einer Propaganda-Sendung gegen die Christen im Jahr 2002 sei in Ankara eine Kirche angezündet worden, vor zwei Wochen habe man so etwas wieder versucht. Ein Mann, der immer wieder gegen die Christen hetze, sei Sekerias Beyas, derzeit Dekan für arabische Religion in Ankara. Bei Talkshows greife er immer wieder die Christen an und behaupte: "Christen sind wie Hunde, die heulen." Und weiter: "Ein Muslim der zum Christentum konvertiert, kennt den Islam nicht, bzw. hat kein Hirn." Und: "Wer Schweinefleisch isst, den kann man selbst Schwein nennen." Sekerias Beyas habe zum Beispiel Bibeln bestellt, darin vermerkt "Das ist ein falsches Buch" und sie dann an Studenten verteilt.

3.5. Gespräch mit Frau Fatma Ünlü, evangelische freikirchliche Gemeinde

Frau Fatma Ünlü, studierte Betriebswirtschaftlerin, ist Mitglied im Vorstand der Stiftung einer evangelischen freikirchlichen Gemeinde, die im asiatischen Teil Istanbuls ihren Sitz hat. Diese evangelisch-freikirchliche Gemeinde bestehe aus 20 Familien mit 70 erwachsenen Personen. Alle Mitglieder seien Türken.

Die türkische Bevölkerung verhalte sich durchweg ablehnend gegen Andersdenkende, auch gegen die Christen. Wenn man als Christ und insbesondere in einer religiösen Angelegenheit an einen antichristlich eingestellten Beamten gerate, bekomme man so seine Schwierigkeiten. Insgesamt bestehe sowohl bei den Christen als auch bei den staatlichen Stellen eine große Unkenntnis über die Rechtslage. Aber freie Religionsausübung sei nach derzeitigem Recht auch jetzt schon möglich, auch auf Grund internationaler Verträge, die die Türkei unterzeichnet habe.

Die Mitglieder ihrer evangelischen Freikirche hätten sich anfangs in einem Mehrfamilienhaus zum Gebet getroffen, dann in einem achtstöckigen Gebäude unter einem Laden. Nun seien sie dabei, hier in Istanbul ein Gebäude zur Kirche herzurichten. Rechtsträger des Hauses sei eine von 20 Gemeindemitgliedern gegründete Stiftung. Diese Stiftung sei erst am 24. Juni 2001 staatlich anerkannt worden. Das Gebäude werde renoviert. Unten würden Verwaltungsräume hergerichtet, oben die Kirche. Die Stiftung entwickle sich immer mehr zu einem Stiftungsdach. So gehöre eine Kirche in Izmir zu ihrer Stiftung und eine weitere Kirche in einem Istanbuler Stadtteil. Dort habe die Stiftung eine ehemalige katholische Kirche übernommen. Inzwischen seien 27 Gemeinden unter dem Stiftungsdach versammelt. Auf Grund der erweiterten Aktivitäten solle nunmehr der Name der Stiftung von 'Istanbuler protestantische Kirchenstiftung' in 'Türkische protestantische Kirchenstiftung' geändert werden. (Frau Ünlü legte die staatlichen Anerkennungsdokumente zur Einsichtnahme vor. Die Reisegruppe regt an, die Zusammenstellung der Religionsrechte auch den anderen christlichen Kirchen in Istanbul zugänglich zu machen und bietet Vermittlerdienste an.)

Die Stiftung könne Häuser und Grundstücke kaufen oder sich schenken lassen und als Erbin von Todes wegen eingesetzt werden. Wenn sie allerdings mit ausländischen Stiftungen oder Gesellschaften zusammenarbeiten wolle, benötige sie eine staatliche Erlaubnis. Sie könne ausländische Berater hinzu ziehen wie Architekten und auch ausländische freikirchliche Mitglieder anstellen und wissenschaftliche Arbeiten publizieren. Sie könne Personal ausbilden und dafür auch Spendengelder verwenden. Geldspenden aus dem Ausland müssten den Behörden gemeldet und staatlich genehmigt werden. Die Spenden seien steuerfrei, aber sie würden evt. bei der Einkommensteuer mit erfasst werden.

Frau Ünlü antwortet auf die Frage, warum denn andere christliche Kirchen nicht ebenso couragiert von diesen Rechten Gebrauch machten, die seien wohl auf Grund ihrer schlimmen historischen Erfahrungen mit Bauanträgen und ähnlichen Anträgen so zögerlich. Auch jetzt sei es ja so, dass staatliche Stellen die Anträge ihrer Gemeinde nicht förderten, sondern eher wie gewohnt zu verhindern suchten. Ihre Gemeinde werde zudem seit Öffnung des Kirchenraums wöchentlich von der Polizei kontrolliert.

Die Gemeindemitglieder seien, so berichtet Frau Ünlü weiter, bevor sie sich taufen lassen hätten, teils Atheisten, teils Muslime gewesen. Frau Ünlü zeigt uns ihren Ausweis. Darin ist vermerkt, dass sie Christin ist. Sie stellt befriedigt fest: "Es geht also." (Diese Bemerkung ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß türkische Behörden sich weigerten bzw. zögern, bei Türken, die sich haben taufen lassen, die Glaubenszugehörigkeit im Ausweis zu ändern.)

Das Recht auf religiöse Unterweisung und Schulung ihrer Mitglieder sei ihnen nun von staatlicher Seite zugestanden worden. Die Gemeinde wolle später auch eine Schule eröffnen. Weiter sei geplant, einen Fernsehsender zu gründen. Die Gemeindemitglieder predigten auf den Straßen und würden immer mal wieder von der Polizei festgenommen. Wenn man die Polizisten dann auf die Rechtslage hinweise, nämlich auf das Recht zur Glaubensverkündigung, würden sie manchmal beleidigt und geschlagen. Da ihre Gemeindemitglieder aber ihre Rechte kannten, sähen sich die Polizisten schließlich veranlasst, an höherer Stelle nachzufragen und seien dann gezwungen, die Festgenommenen umgehend frei zu lassen.

Konversion ist immer wieder mit familiären Folgen verbunden. Seit der Konversion meide die Mutter von Frau Ünlü den Kontakt zu ihr. Sie habe zugunsten ihrer Mutter auf ihren Erbanteil verzichtet.

Die Mitglieder der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde seien für einen Beitritt der Türkei zur EU.

3.6. Zusammenfassung anonymisierter Gespräche in Istanbul

Mehrere Gesprächspartner hatten aus Furcht vor Problemen um Vertraulichkeit gebeten. Die Aussagen sollen nicht unter den Tisch gekehrt werden, sie werden hier aber nur zusammengefaßt wiedergegeben:

Besuche aus Europa sind wichtig als Signal an die Regierung, daß die Christen nicht alleine stehen. Eine Meinung war folgende: Hinsichtlich des EU-Beitritts der Türkei gibt es zwei Richtungen: Auf der einen Seite Parlament, Regierung und Militär, auf der anderen Seite radikale national und islamisch geprägte Türken, die in die EU möchten, um endlich auch in der Türkei ihre eigenen religiösen Interessen durchzusetzen. Sie möchten in der Türkei und in der EU dem Islam zum Sieg verhelfen - gegen Atatürks Grundsätze. Die Parlamentsmehrheit sei fundamentalistisch eingestellt, und türkische Christen hätten faktisch keine Chance, ins Parlament gewählt zu werden. Die türkischen Nationalisten seien gefährlicher für die Glaubensfreiheit und für die Christen als strenggläubige Muslime. Bisher hat die Türkei von Europas Toleranz bei uns nichts praktiziert. Allerdings hörten wir auch, daß sich in den letzten Jahren manches für die Christen verbessert hat. Man versuche, die Christen durch Freundlichkeit zu übertölpeln. Man müsse wissen, dass nach allgemeiner Auffassung das Verschleiern der Wahrheit, die Heuchelei, als erlaubt angesehen werde. Die Regierung unter Ministerpräsident Erdogan will unbedingt in die EU, zumindest nach ihren Worten, und will die Kriterien erfüllen. Aber Mitglieder von Organisationen wie der IGFM müssen eine entsprechende Praxis einfordern. Wer zum Christentum konvertiert sei und dies nicht in seinem Paß vermerke - viele konvertierte Türken scheuen das, um familiäre Auseinandersetzungen zu vermeiden- würde, wenn er verstorben sei, in einen grünen Sarg gesteckt und von einem Imam beerdigt. Allerdings gibt es in Istanbul in jüngster Zeit immer einige Konvertiten zur katholischen Kirche, die dann feierlich vom Bischof in die Kirche aufgenommen werden. Dies sei vor 20 Jahren undenkbar gewesen. Regierungsdelegationen seien im Juli 2003 bei den Bischofssitzen in Istanbul gewesen, um die Wünsche der Christen zu hören. Von diesen wurde als Wunsch u.a. die offizielle Erlaubnis zum muttersprachlichen Unterricht, die Erlaubnis zum Kirchenbau und der gleichberechtigte Zugang zu allen Staatsämtern vorgetragen.

Grundbucheintragungen für Kirchen seien nicht möglich, weswegen der Staat Kirchen als Eigentum betrachte. Es müßten deswegen schwierig auszuhandelnde, langdauernde Mietverträge mit dem Staat geschlossen werden.

4. Schlußfolgerungen aus der Reise für die Lage der Christen - neuer Forderungskatalog

Insgesamt ist die Lage gegenüber den 90er Jahren besser geworden. Die Lage im Tur Abdin hat sich beruhigt; es gibt eine kleine Konvertitenbewegung zum christlichen Glauben. Probleme gibt es weiterhin in Fragen der Rechtssicherheit, z. B. für die neue, sicher kleine Gruppe der Rückkehrer in den Tur Abdin. Es gibt weiter Schwierigkeiten der Eigentumsanerkennung und der Eigentumserwerbs und der Entschädigung für konfisziertes Eigentum bei den Kirchen. Wegen des fehlenden Rechtsstatus als "juristische Person", z.B. bei evangelischen und katholischen Gemeinden, kann Eigentum jederzeit beschlagnahmt werden.

Wichtig ist vor allem die Erlangung kultureller Rechte wie Einrichtung und Anerkennung von Schulen für alle Christen, Lehrer- und Priesterausbildung. Es muß die Möglichkeit des Neubaus für Kirchen und der Neueinrichtung für Klöster gegeben werden. Ausländische Priester müssen als solche in der Türkei arbeiten können. Es gibt in der Türkei immer noch eine Furcht vor christlicher Mission, was sich dann in konkreten Behördenaktionen wie Gemeindeschließungen und Anklagen gegen auffällig missionarisch tätige Christen zeigen kann. Im Sinne der Verfassung (z.B. Art 10 der Verfassung von 1982 .."jedermann...ohne Rücksicht auf Unterschiede von...Religion, Bekenntnis..vor dem Gesetz gleich..") ist Nichtmuslimen Gleichberechtigung und Zugang zu allen Berufen, besonders im öffentlichen Bereich, zu gewährleisten. Die Reformgesetze sind weitgehend nicht bekannt und werden in ihrer Umsetzung und Umsetzbarkeit angezweifelt. Hier können Behördenschikanen wie Einholung besonderer Genehmigungen eingebaut sein, die die Religionsfreiheit unterbinden. Unterschiedlich ist die Meinung zur EU-Mitgliedschaft bei den von uns gesprochenen Christen. Manche sehen darin eine Chance für ihre Minderheitensituation , andere eine Gefahr für Europa. Bei manchen Besuchten wurde bei der Türkei ein "schönes Gesicht" nach außen, besonders zur EU hin, und eine restriktiv-unterdrückende Seite nach innen hin vermutet. Der türkische Islam, so wurde uns einmal auf der Reise gesagt, hat zwei Gesichter: ein fundamentalistisches und ein laizistisches. In Europa zeige er sein laizistisches Gesicht. Es erhebt sich die Frage, ob ein grundlegender Wandel in der türkischen Mentalität, in Bürokratie, Polizei und Verwaltung möglich ist. 80 Jahre kemalistische Republik mit ihrer Furcht vor Separatismus und Fremdbeeinflussung sind nicht ohne Spuren geblieben. De facto gibt es trotz Laizismus eine staatliche Förderung des sunnitischen Islam unter Diskriminierung der Nichtmuslime.

Ob die Regierung Erdogan mit ihren Reformvorhaben wirkliche Änderungen bringt und bringen kann, ist nicht bewiesen. Bei dieser Reise konnten bei weitem nicht alle Probleme und Schwierigkeiten der christlichen Minderheit aufgenommen werden. Hierzu sei z.B. auf die weitere Arbeit der IGFM verwiesen. Die IGFM ist für die Christen in der Türkei, so wurde uns auch gesagt, eine Hoffnung zur Anmahnung der Menschenrechte und Religionsfreiheit.

Die Eingangsforderungen müssen nach dieser Reise wie folgt präzisiert

werden:

Aufenthalts- und Arbeitsmöglichkeit für ausländische Geistliche, z.B. deutsche, als Geistliche
Rechtssicherung und -anerkennung des kirchlichen Unterrichtes aller christlichen Gemeinschaften, besonders des Aramäisch-Unterrichts im Tur Abdin, und Aufhebung entsprechender Verbote
Öffnung der seit Jahrzehnten geschlossenen theologischen Seminare, besonders der griechisch-orthodoxen und armenischen Christen
Stopp der Enteignungen bei christlichen Gemeinden und Rückgabe oder Entschädigung für konfiszierte Güter
Möglichkeit des Eigentumserwerbs für Gemeinden
Baumöglichkeit für Kirchen und Möglichkeit der Eröffnung neuer Klöster
Rechtsanerkennung und Grundbucheintragung für Gemeinden
Minderheitenrechte für Christen in der Verfassung
Zugang für Christen zu allen Berufen z.B. Beamtentum, öffentlicher Dienst
Veröffentlichung, Mitteilung und vorbehaltlose Umsetzung der Reformgesetze
Offizielle Ausbildungsmöglichkeiten in den Klöstern bis hin zu Fachhochschulniveau mit staatlich anerkannten Zeugnissen und internationalem Schüleraustausch; insbesondere Möglichkeit für die syrisch-orthodoxe Kirche, staatlich anerkannte Schulen einzurichten
Schutz, Rechtssicherung und Einlösung finanzieller Zusagen für die Rückkehrer
Klärung der Wiedererlangung der türkischen Staatsbürgerschaft für Rückkehrer mit all ihren Rechten
Offizielle Zulassung der aramäischen Namen in den Dörfern des Tur Abdin
Offizielle Anerkennung des tabuisierten Völkermordes an Armeniern und Assyriern von 1915 und Folgejahren mit Möglichkeit zur Einrichtung von Gedenkstätten

5. Skizzierung der Entwicklungen von September bis November 2003:

Im September gab es Signale zur Öffnung des seit 1971 geschlossenen griechisch-orthodoxen Seminars auf Halki, aber keine schriftlichen Zusagen. Der Besuch von Ministerpräsident Erdogan in Deutschland war u.a. mit dem am 3. September 2003 gegebenen Versprechen der Herstellung der Gleichheit von Muslimen und Christen in der Türkei verbunden.

Am 23. September 2003 wurde ein gemeinsamer Forderungskatalog der armenischen, griechisch-orthodoxen, syrisch-orthodoxen und katholischen Kirche an die türkische Regierung und den Menschenrechtsausschuß der türkischen Nationalversammlung übergeben. Man forderte: Anerkennung der Patriarchate und Kirchen als Rechtspersonlichkeiten, Aufenthaltsgenehmigungen für ausländische Priester, Möglichkeit der Einrichtung von Seminaren zur Priesterausbildung, Eigentumserwerbsmöglichkeit für die Kirchen, Rückgabe konfiszierter Gebäude und Grundstücke. In jeder Stadt, in der Christen leben, soll der Betrieb mindestens einer Kirche erlaubt sein.

Am 5. November 2003 wurde der Fortschritts-Bericht der EU-Kommission zur Türkei veröffentlicht. In dem 167 Seiten umfassenden Papier heißt es u.a.:

Die Türkei müsse gewährleisten, dass seine Bürger "Menschenrechte und Grundfreiheiten nach europäischen Maßstäben genießen können." In vielen Bereichen ist nach diesem Bericht trotz Anerkennung von Fortschritten noch

eine Menge zu tun. Im Bereich der "Religionsfreiheit" heißt es u.a.:
"Auswirkungen von Maßnahmen im Bereich der Eigentumsrechte und der Errichtung von Gebetsstätten waren begrenzt. Nichtmuslimische Minderheiten stehen weiterhin vor ernststen Hindernissen im Hinblick auf ihre Rechtspersönlichkeit, Eigentumsrechte, innere Verwaltung und das Verbot der Ausbildung von Geistlichen.... Die für die nichtmuslimischen Minderheiten sehr problematische Frage des beschlagnahmten Eigentums wurde noch immer nicht gelöst. Da diese Gemeinschaften keine Rechtsfähigkeit besitzen, ist ihr Eigentum der beständigen Gefahr der Beschlagnahme ausgesetzt und der Versuch, Eigentum durch rechtliche Mittel zurückzuerlangen, ist mit vielen Hürden verbunden... Religiöse Stiftungen sehen sich nach wie vor Einmischungen seitens des Generaldirektors für das Stiftungswesen ausgesetzt, was ihre Autonomie ernsthaft einschränkt... Was die Genehmigung der Errichtung von Gebetsstätten betrifft, so wurde im Rahmen des sechsten Reformpaketes das Gesetz über öffentliche Arbeiten geändert. Daraufhin erging im September 2003 ein Rundschreiben, mit dem das Wort "Moschee" durch das Wort "Gebetsstätte" ersetzt wurde, was bedeutet, dass Kirchen und Synagogen nunmehr erfaßt sind. Insbesondere die protestantische Gemeinde sah sich Schwierigkeiten ausgesetzt, Gebetsstätten zu finden. Die protestantische Kirche in Diyarbakir (Anmerkung: von der IGFM-Gruppe besucht) besitzt immer noch keine Rechtsfähigkeit, obwohl sie in der Praxis seit April 2003 als Gebetsstätte geöffnet ist. Das Verbot der Ausbildung des Klerus religiöser Minderheiten bleibt bestehen. Angesichts der sinkenden Priesterzahlen in den Kirchen fühlen sich einige Minderheitengemeinden von diesem Verbot bedroht... Eine positive Entwicklung war die Fertigstellung der Neuformulierung christlicher Konfessionen in den Religionsbüchern... Die Gemeinden erwarten, daß die Lehrbücher entsprechend umgeschrieben werden... Weiterhin schwierig gestaltet sich die Tatsache, daß der stellvertretende Leiter der Schulen religiöser Minderheiten ein vom Bildungsministerium ernannter Muslim ist und über größere Befugnisse verfügt als der eigentliche Schulleiter. Da es Geistlichen und Absolventen theologischer Hochschulen verboten ist, in Schulen zu unterrichten, gibt es Schwierigkeiten bei der Unterrichtung von Minderheitsreligionen. Im Juli 2003 fand in Ankara eine gemeinsam von den türkischen Behörden und der Europäischen Kommission veranstaltete Expertentagung über Religionsfreiheit statt... Sie (die Experten) kamen zu dem Schluß, dass die bislang verabschiedeten Rechtsreformen nicht ausreichen und dass die Rechtsvorschriften in diesem Bereich anhand der allgemein akzeptierten Grundsätze des Diskriminierungsverbotes, der Gleichheit und der Zusammenarbeit überprüft werden müssen.."

Im Bereich "Minderheitenrechte und Minderheitenschutz" heißt es u.a.:

"Bei der Ratifizierung des "UN-Paktes über bürgerliche und politische Rechte" (eine IGFM-Forderung jetzt partiell erfüllt!) machte die Türkei im Hinblick auf Artikel 27 einen Vorbehalt geltend. Daraufhin wurde das Recht ethnischer, religiöser und sprachlicher Minderheiten auf Ausübung ihrer eigenen Kultur, Bekenntnis und Ausübung ihres eigenen Glaubens und Gebrauch ihrer eigenen Sprache eingeschränkt. Des Weiteren sieht dieser Vorbehalt vor, dass dieses Recht nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen der türkischen Verfassung und des Vertrags von Lausanne von 1923 ausgelegt wird. Religiöse Minderheiten, die nicht gewöhnlich mit dem Vertrags von Lausanne in Verbindung gebracht werden (also andere als Armenier, Juden und Griechen) dürfen immer noch keine Schulen eröffnen. Dies gibt der assyrischen Gemeinschaft besonderen Anlaß zur Sorge" Für die Verweigerung

der Schuleröffnung sei auf die Besuche der IGFM-Gruppe in den Klöstern und Dörfern des Tur Abdin und die Forderung entsprechender Kirchenvertreter verwiesen.

Im Oktober 2004 will die EU-Kommission einen weiteren Fortschrittsbericht vorlegen. Danach wollen die EU-Staats- und Regierungschefs im Dezember 2004 entscheiden, ob mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden.

Die Armenisch-Europäische Föderation hat in einer ersten Stellungnahme vom 12.11.2003 u.a. bemängelt, daß die Anerkennung des Völkermordes an Armeniern (Anmerkung Redaktion: und auch an Assyrern) während des 1. Weltkrieges kein politisches Kriterium für die EU-Aufnahme der Türkei mehr ist.

Ab 1. November 2003 arbeitet nach einer Information des katholischen Auslandssekretariats in Bonn der deutsche Prälat Reiner Korten in Antalya mit Aufenthaltserlaubnis in seiner Funktion als katholischer Geistlicher.

Anfang November wurde nach einer Meldung von "Compass" einer jungen Frau namens Deniz Kasan in Istanbul der Übertritt vom Islam zur reformierten Presbyterianischen Kirche verweigert. Begründung der Behörde für die Weigerung der Änderung in den Personalpapieren: Die reformierte Presbyterianische Kirche sei nicht offiziell anerkannt. Ebenso wurde jetzt dem 21jährigen Beyzza Gun der Übertritt vom Islam zu dieser Kirche verweigert. Die Gemeinde will in beiden Fällen gerichtlich gegen den Bescheid der Behörde vorgehen. Ende Oktober wurden nach einer Meldung der Evangelischen Allianz im Nordwesten der Türkei, in Orhangazi, zwei junge Christen verprügelt, weil sie Neue Testamente verteilt haben. Eines der Opfer, Yakup Cindilli, liegt im Koma im Krankenhaus. Die evangelikale Gemeinde in Mersin ist im November 2003 weiter behördlich geschlossen.

Zusammenstellung Arbeitsausschuß Religionsfreiheit/Verfolgte Christen
Stand: 10. November 2003

Anhang: Übersichtsaufsatz zu "Christen in der Türkei"

Türkei

Offizieller Name: Republik Türkei

Einwohner: 70 Millionen (89,9 pro qkm), Türken ca. 76-80%, Kurden ca. 14-20% (Angaben schwanken zwischen 14 und 25%), Araber ca. 2%, armenische Christen 82.000, syrische Christen ca. 12.000 (besonders syisch-orthodoxe Christen), griech-orthodoxe Christen ca. 16000 (einschließlich Hatay-Gebiet)

Religionen: Muslime ca. 99% (Sunniten ca. 70%, Aleviten ca. 15-25%), Christen ca. 0,3%

Die demographischen Angaben schwanken je nach Quelle stark.

"Zwischen Hoffnung und Bedrängnis
Die Situation christlicher Minderheiten in der Türkei"

(IGFM-Artikel von August 2003)

I. Christen in der Türkei sind ein Thema geworden

Im Dezember 1997 warf der damalige türkische Ministerpräsident Yılmaz dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl vor, er wolle die EU zu einem "Club der Christen" machen. Im Vergleich zur Religionsfreiheit von Millionen von türkischen Muslimen in Deutschland und Europa fragte man verstärkt nach der Lage der nur noch wenigen Christen in der Türkei. Inzwischen sind eine Reihe Artikel und Publikationen dazu erschienen und Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirche Deutschlands haben Reisen in die Türkei unternommen. Seit Dezember 1999 ist die Türkei offiziell EU-Kandidat, was u. a. eine genauere Betrachtung der Menschenrechtslage und Religionsfreiheit zur Folge hatte. Nach den Terrorattentaten islamischer Extremisten am 11. September 2001 in New York und Washington wird mit dem weiter gewachsenen Islam-Interesse des öfteren auch die Frage nach der Lage von Nichtmuslimen in Ländern mit islamischer Bevölkerungsmehrheit gestellt.

Das beginnende 21. Jahrhundert ist eine Zeit besonderer Veränderungsmöglichkeit für die Christen in der Türkei, die unter Mitwirkung und Unterstützung der Christen in Deutschland genutzt werden sollte. Im Herbst 2004 wird über die EU-Kandidatur der Türkei neu entschieden, wozu die IGFM immer wieder die Lage der Menschenrechte, besonders der christlichen Minderheit, anmahnt.

II. Wenige Christen bei einer Fülle von Konfessionen

In der Türkei sind nur etwa 0,3% der Bevölkerung Christen, die sich auf ein breites Spektrum christlicher Konfessionen verteilen. Rund 99% der etwa 70 Millionen Türken sind Muslime. Schätzungsweise 15 bis 25% von ihnen sind Alaviten, der Rest fast ausschließlich Sunniten. Nichtsdestoweniger gehört die Türkei zum frühchristlichen Gebiet der ersten Jahrhunderte, man denke nur an die Reisen des Apostels Paulus und die frühen Gemeinden und Konzilien. Papst Johannes Paul II. hat beim ad-limina-Besuch der türkischen Bischöfe 1994 in Rom die Türkei das "Heilige Land der Urkirche" genannt.

Die Christen in der Türkei sind zum Teil Nachfahren der seit der Antike dort ansässigen Bevölkerung. Hinzu kommen als sogenannte Ausländerkirchen die römisch-katholische und die anglikanische Kirche sowie verschiedene protestantische und freikirchliche Gemeinschaften, aber auch neu eingewanderte georgisch- und russisch-orthodoxe Christen. Die armenisch-apostolische Kirche ist die größte christliche Konfession des Landes. Von den ungefähr 82.000 Armeniern mit türkischem Paß leben allerdings nur rund 65.000 in der Türkei, davon wiederum rund 60.000 allein in Istanbul. In Istanbul konzentriert sich überhaupt die große Mehrheit der auf 200.000 Personen geschätzten Christen in der Türkei. Die griechisch-orthodoxen Christen mit dem Patriarchat in Istanbul zählen etwa 3000 Gläubige, hinzu kommen noch etwa 13.000 griechisch-orthodoxe Christen in der an Syrien und ans Mittelmeer angrenzenden Provinz Hatay. Die syrisch-orthodoxe Kirche verfügt in der Türkei etwa 12.000 bis 15.000 Mitglieder, dreiviertel davon in Istanbul.

Die Katholiken werden auf bis zu 30.000 Gläubige geschätzt. Hierzu gehören auch die Chaldäer und die mit Rom unierten Syrer und Armenier. Es gibt ein römisch-katholisches Erzbistum in Izmir und apostolische Vikariate in

Istanbul und Mersin mit je einem römisch-katholischen Bischof. Die Zahl der Protestanten im Land liegt bei wenigen Tausend. Hierzu gehören missionarisch aktive Gruppen und sogar einzelne Konvertitengemeinden.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellten die Christen noch rund 20% der Bevölkerung auf dem Gebiet der heutigen Türkei - heute sind es nur noch rund 0,2%. 1915/16 wurden bis zu 1,5 Millionen christliche Armenier, rund drei Viertel dieses Volkes, im Gefolge der jungtürkischen Revolution von 1909 umgebracht. Unter den Tätern waren sowohl Türken als auch Kurden. Dies war der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts, der bis heute von der Türkei geleugnet und dessen Anerkennung durch den türkischen Staat zur Zeit gerade international gefordert wird. Auch rund 500.000 assyrische Christen fielen den Massakern während des I. Weltkrieges zum Opfer. Ihnen folgten weitere Vertreibungen, insbesondere aus dem südosttürkischen Gebiet des Tur Abdin. Die Zahl der griechisch-orthodoxen Christen ging von mehreren Hunderttausend zu Anfang des 20. Jahrhunderts auf heute lediglich mehrere Tausend zurück. Massenvertreibungen und Morde Anfang der 20er Jahre spielten dabei die größte Rolle. Aber auch durch die Zypernkrisen von 1955 und 1964 wurde das griechisch-türkische Verhältnis stark belastet. Besonders diese alteingesessenen Christen, die Armenier, Assyrer und Griechen, sind in der Türkei in der Geschichte des 20. Jahrhunderts in erschreckendem Ausmaß Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden, die bis heute nur unzureichend aufgearbeitet sind.

III. Allgemeine Menschenrechtsslage der Christen in der Türkei

Prinzipiell ist die Türkei seit den Zeiten Ata Türks, des Begründers der modernen Türkei in den 20er und dreißiger Jahren, ein religionsneutraler oder laizistischer Staat. Als Staatsreligion wurde der Islam 1928 abgeschafft, die Verfassung von 1982 definiert die Türkei als säkularen Staat mit dem Recht auf Religionsfreiheit. So gibt es etwa in der Türkei im Gegensatz zu Saudi Arabien eine Fülle von Kirchengebäuden, Gemeinden und Ordensniederlassungen, es gibt Bibelläden und eine christliche Radiostation. Dennoch kann man sagen, daß Christen keine gleichberechtigten Staatsbürger sind.

So wird die Zugehörigkeit zum Christentum durch den Zifferncode 31 im Personalausweis kenntlich gemacht. Hierdurch wird eine Diskriminierung im öffentlichen Leben ermöglicht. Zugang zu gehobenen oder höheren Posten in Verwaltung und Militär haben Christen de facto nicht. Der Staat betrachtet sich ungeachtet seines Bekenntnisses zum Laizismus als zuständig für die religiösen Belange des sunnitischen Islam. Das dem Ministerpräsidenten unterstehende Präsidium für religiöse Angelegenheiten soll derzeit 123.000 staatlich besoldete Mitarbeiter haben. Hierzu gehört, wie Helmut Wiesmann, Mitarbeiter bei der Deutschen Bischofskonferenz, in einem im Mai in der Herder-Korrespondenz erschienen Aufsatz darlegte, Bau und Unterhalt von Moscheen, Einsetzung und Abberufung der Moscheevorsteher, Prediger und Gebetsrufer, Unterhaltung islamischer Fakultäten und der Aufbau eines islamischen religiösen Schulsystems, die Wallfahrt nach Mekka und anderes.

Demgegenüber ist es für Christen seit 1923 nahezu unmöglich, eine Kirche neu zu bauen. Das Seminar der griechisch-orthodoxen Kirche auf der Insel Halki im Marmarameer wurde 1971 geschlossen und konnte trotz internationaler Proteste nicht wiedereröffnet werden ebenso wie das theologische Seminar der Armenier. Unter anderem dadurch fehlt es nach

Aussagen von Kirchenvertretern in der Türkei an sprachlich und fachlich qualifizierten Theologen. Die syrisch-orthodoxe Kirche in der Türkei pflegt in ihrer Liturgie, besonders in den uralten Klöstern des Tur Abdin die aramäische Sprache, die als Sprache Jesu ein eigener Kulturschatz ist. Der Unterricht in dieser Sprache wurde im Oktober 1997 durch den zuständigen Gouverneur von Mardin verboten.

In den letzten Jahren ist es durch die Anwendungen einer Stiftungsverordnung von 1935 zu Enteignungen von christlichen Gemeinden gekommen. Besonders wurden den armenischen Gemeinden über 40 Immobilien (Stand: Anfang 2002) weggenommen. Die Erträge von Immobilien z.B. Mieteinkünfte, sind für den Unterhalt von Schulen, Krankenhäusern, Kirchen und für die Bezahlung von geistlichen von großer Bedeutung. Immer wieder kommt es zur Verhaftung und Anklage bei einzelnen missionarisch aktiven Christen. Die katholische Kirche in der Türkei besitzt keinen rechtlich gesicherten Status. Dies wäre gerade auch für die türkische Caritas zu wünschen.

Positiv ist anzumerken, daß sich die Türkei um einen interreligiösen Dialog bemüht. So wurden staatlicherseits Feierlichkeiten zur Seligsprechung Papst Johannes XXIII mit einer entsprechenden Straßenbenennung in Istanbul unterstützt. Große interreligiöse Tagungen wurden staatlicherseits durchgeführt, denen allerdings keine wirkliche Verbesserung der Minderheitenlage folgte. Es gibt einen Theologenaustausch zwischen der Gregoriana in Rom und islamischen Fakultäten. Der Papst wurde vom Staatspräsident Demirel 1998 erneut in die Türkei - ein erster Besuch erfolgte 1979 - eingeladen. Allerdings haben Hinweise des Papstes auf den Völkermord an den Armeniern, z.B. während seiner Armenienreise im September 2001, zu Protestnoten der Türkei an den Vatikan geführt. Weihnachten 1999 richtete der damalige Staatspräsident Demirel erstmals ein Weihnachtsgrußwort an die Christen in der Türkei.

Markante Fälle zur Lage der "Christen in der Türkei" aus jüngster Zeit

Der Fall des syrisch-orthodoxen Pfarrers Yusuf Akbulut aus Diyarbakir hat im Herbst 2000 und Frühjahr 2001 für internationales Aufsehen gesorgt. Akbulut hatte in einem Gespräch mit türkischen Journalisten den Völkermord an den Armeniern und zahlreichen assyrischen Christen während des I. Weltkrieges angesprochen. Der Genozid an den Armeniern durch die Türken wird von der Türkei in Abrede und seine Erwähnung oder Bestätigung unter Strafe gestellt. Am 5. 4. 2001 wurde Akbulut nach zweimaliger Prozeßvertagung und nach massiven Protesten aus dem Ausland vom Vorwurf der Volksverhetzung gemäß Artikel 312 des Türkischen Strafgesetzbuches freigesprochen.

Von Menschenrechtsorganisationen, u.a. der IGFM, waren tausende Unterschriften für Akbulut an türkische Behörden und an die Staatsanwaltschaft übergeben worden. Die große internationale Aufmerksamkeit - es hatten auch Bundestagsabgeordnete am Prozeß in Diyarbakir teilgenommen - hat zum Freispruch von Akbulut entscheidend mit beigetragen. Was die Frage des Massenmordes an Armeniern und Assyriern 1915/16 angeht, so steht dieses Problem jetzt auch als Petition im Deutschen Bundestag an. So wie etwa das Französische Parlament am 18. 1. 2001 und bereits vorher das Europaparlament am 15. 11. 2000 die Türkei zur öffentlichen Anerkennung des Völkermordes an Armeniern aufgefordert haben,

so steht diese Debatte möglicherweise demnächst dem Bundestag bevor. In einem Brief an die IGFM vom 26. 2. 2001 schrieb der 1. Sekretär der Türkischen Botschaft Hasan Sekizkik: "Beschuldigungen wegen Völkermordes sind völlig grundlos und inakzeptabel!" Nach dem Appell Frankreichs im Januar war es zu diplomatischen Spannungen und wirtschaftlichen Sanktionen der Türkei gegen Frankreich gekommen.

Daß die Türkei zur Zeit sensibel auf internationale Kritik reagiert, zeigt das im Frühjahr 2001 erlassene und bald wieder aufgehobene Verbot für Ausländer, das Gebiet des Tur Abdin im Südosten der Türkei zu besuchen. Der Tur Abdin ist ein uraltes christliches Gebiet, in dem zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch etwa 230.000 Christen gegenüber nur noch etwa 2000 am Jahrhundertende lebten.

Insbesondere seit den 60er Jahren sind unter dem Druck des türkischen Militärs, der PKK und islamischen Extremisten Zehntausende der dort lebenden syrisch-orthodoxen Christen insbesondere ins europäische Ausland ausgewandert. Mehrere Dutzend syrischer oder auch assyrischer Christen wurden in dieser Zeit im Tur Abdin umgebracht. In Deutschland ist es sogar zur Einsetzung eines eigenen syrisch-orthodoxen Bischofs mit Sitz in Warburg (Westfalen) gekommen. Inzwischen hat sich die Lage im Tur Abdin gebessert und es gibt einzelne Rückkehrer und Rückkehrinitiativen wie in die Dörfer Marbodo und Kafro. Mit Zirkular vom 12.6.2001 hat der damalige Ministerpräsident Ecevit die Rückkehr in den Tur Abdin unterstützt. Allerdings hat die syrisch-orthodoxe Kirche in der Türkei weiterhin keine Rechtssicherheit. Der Neubau von Kirchen wurde ihr trotz jahrelang vorliegender Anträge bisher nicht erlaubt, die syrisch-orthodoxe Kirche kann im Gegensatz zu den Armeniern und griechisch-orthodoxen Christen keine eigenen Schulen oder Sozialeinrichtungen unterhalten. Der Unterricht des Aramäischen bleibt offiziell verboten. Überhaupt sind Neubau und Renovierung von Kirchen ein prinzipielles Problem. Im April wurde der Neubau einer kleinen protestantischen Kirche in Diyarbakir gemeldet, was seit 80 Jahren der erste Neubau wäre. Während nach 1923 tausende Moscheen und Islamschulen errichtet wurden, verbietet der Staat die Wiedereröffnung von christlich-theologischen Seminaren, verzögert Renovierungsanträge und untersagt offiziell die Unterweisung in der Sprache Jesu.

Immer wieder kommt es zu polizeilichen Durchsuchungen vor allem kleinerer freikirchlicher Gemeinden, so etwa im Mai 2001 in Gaziantep in der Südost-Türkei. In einem Zeitungsartikel im Mai warnte der türkische Religionsminister die muslimische Bevölkerung vor der Zunahme von missionarischen Aktivitäten von Christen. Gleichzeitig gab es im Frühjahr 2001 Zeitungsmeldungen über die Anweisung des Innenministeriums zur Bereitstellung christlicher Gottesdienststätten besonders im Küstenbereich wie Bodrum oder Alanya . Eine Bestätigung hierfür liegt der IGFM noch nicht vor.

Der Fall des 32jährigen früheren Moslems und jetzigen evangelikalen Christen Kemal Timur aus Diyarbakir ist inzwischen positiv entschieden.. Unter anderem wurde er beobachtet, wie er am 1.5.2001 vor einem Gymnasium Neue Testamente verteilte. Timur wurde nach Angaben des Informationsdienstes Compass wegen öffentlicher Verteilung religiöser Literatur in fünf Monaten achtmal verhaftet. Zwar ist der Verkauf unpolitischer religiöser Literatur nicht verboten, aber bei öffentlichen Verteilaktionen greift die Polizei dennoch schnell zu. Timur war wegen

Beleidigung des Propheten Mohammed angeklagt - er soll angeblich gesagt haben "Meine Religion ist die wahre Religion, nicht Eure. Mohammed ist ein Zauberer". Dafür drohte ihm zwar nicht wie in Pakistan anderen Christen die Todesstrafe, aber sechs bis 12 Monate Haft. Am 26. Juni 2002 wurde Timur in Diyarbakir freigesprochen. Es kommt nicht selten vor, daß Maßnahmen nachgeordneter Dienststellen und Polizeibehörden nach der Interventionen bei der Regierung wieder rückgängig gemacht werden.

Die Anerkennung einer protestantischen Stiftung als kirchliche Stiftung durch ein Gericht in Ankara im Mai 2000 läßt für die Rechtsstellung christlicher Gemeinden und Einrichtungen hoffen, obwohl die Informationen über Christen und Kirchen in der Türkei immer noch recht wechselhaft sind.

Es bedarf einer grundlegenden rechtlichen Sicherung der christlichen Minderheiten und der christlichen Türken im Lande.

V. EU-Kandidatur und Reformdruck: Engagement für die christliche Minderheit in der Türkei gerade jetzt

In einem im November 2000 vorgelegten Fortschrittsbericht der EU-Kommission läßt die EU-Behörde keinen Zweifel daran, daß die Türkei bei den demokratischen Reformen fast keine Fortschritte vorweist. Die Europäische Union ist u.a. besorgt über die unzureichende Achtung der Menschenrechte und der Rechte der Minderheiten. So kam es nach einem der IGFM vorliegenden Bericht in den ersten acht Monaten 2000 zu 112 Todesfällen nach Folter in Haft. Die Zahl der dem türkischem Menschenrechtsverein IHD für die erste Hälfte 2001 angezeigten Fälle von Folter in Polizeistationen ist gegenüber der zweiten Hälfte von 2000 mit über 400 noch gestiegen. Demgegenüber stellt die Türkei in einem im März 2001 vorgestellten nationalen Programm u.a. Verbesserungen in der Meinungsfreiheit und den Menschenrechten in Aussicht. Am 3. 10. 2001 kam es in der türkischen Nationalversammlung mit großer Mehrheit zum Beschluß einer ersten Verfassungsreform.

Am 3. August 2002 wurden im türkischen Parlament außer in Kriegszeiten die Todesstrafe abgeschafft, der Immobilienerwerb für christliche Stiftungen bedingt erlaubt und andere Erleichterungen wie begrenzter Kurdischunterricht und ein liberaleres Demonstrationsrecht angekündigt. Bei den nationalen Wahlen am 3. November 2002 gab es einen klaren Wahlsieg der islamisch geprägten Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei unter dem jetzigen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan. Im Sommer 2003 kam es zu einem erneuten Reformpaket mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Folter, zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit und zu kulturellen Rechten. Durch ein neues Religionsgesetz soll u.a. der Neubau von Kirchen ermöglicht werden. Ob durch Verfassungsreformen die Lage der christlichen Minderheit gebessert wird und, wie der damalige Ministerpräsident Bülent Ecevit im Oktober 2001 äußerte, die Abgeordneten "der Türkei den Weg zur Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union noch weiter geöffnet" haben, bleibt kritisch zu hinterfragen und die Umsetzung der Gesetze ist zu beobachten. Die IGFM verweist auf die Resolution der IGFM-Jahresversammlung 2003 "80 Jahre Republik Türkei: Gleichberechtigung für Christen und Kirchen!"

Daß die Türkei im Bereich der Religionsfreiheit durchaus sensibel reagiert, wurde durch Fälle und Einlenken in den letzten Jahren gezeigt. Die Türkei denkt nun über die religionspolitischen Folgen der EU-Kandidatur und der

bereits seit langem ratifizierten internationalen Verträge nach. Hier ist es wichtig, daß die nur wenigen Christen des Landes eine wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Interessenvertretung oder Lobby erhalten. Auch die Hilfe christlicher Organisationen nach der Erdbebenkatastrophe von 1999 hat die Chancen eines Umdenkens verbessert.

Die rechtliche Anerkennung und Gleichberechtigung der verschiedenen christlichen Konfessionen und der verschiedenen Religionen, die prinzipielle Erlaubnis zum Kirchenbau und zur Renovierung, die Öffnung geschlossener Priesterseminare und der Zugang von Christen zu allen Berufen stehen im Vordergrund.

Die Frage des Armenier- und Assyrermordes während des I. Weltkrieges muß in der Türkei enttabuisiert und öffentlich behandelt werden können.

Wünschenswert wäre, wenn das über 1600 Jahre alte Kloster Mar Gabriel im Tur Abdin, bis heute ein geistliches Zentrum der frühen Christenheit und syrisch-orthodoxer Bischofssitz, als Weltkulturerbe anerkannt würde. Dies wäre ein Zeichen religiöser Toleranz und kulturellen Bewußtseins in der Türkei. Weiter hat die Türkei mittlerweile, wie früher angekündigt, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert, allerdings mit Vorbehalten.

Dies kann zur allgemeinen Grundsicherung der Menschenrechte beitragen, aber Kontrolle und Überprüfung der Umsetzung bleiben angebracht."

Wichtig ist, daß man bei Türkeireisen Gottesdienste in vorhandenen Gemeinden besucht und als Tourist nach Gottesdienstmöglichkeiten fragt. Erfreulicher Weise kooperieren z.B. die drei deutschsprachigen Gemeinden in Istanbul eng - die deutsche Evangelische Kirche in Beyoglu, die katholische St. Paulsgemeinde in Nisantás und die katholisch-österreichische Georgsgemeinde in Karaköy. Sie bieten jeweils Sonntag vormittags Gottesdienste an und verfügen über Internetadressen mit aktuellen Mitteilungen. Näheres, auch Informationen über weitere Gemeinden und Gottesdienstmöglichkeiten in der Türkei, kann von der IGFM mitgeteilt werden.

Die Christen in der Türkei haben im beginnenden 21. Jahrhundert eine Chance auf Verbesserung ihrer Lage und auf mehr Religionsfreiheit. Hierzu bedarf es des tätigen Interesses der Christen und moderaten Muslime im übrigen Europa.

Walter Flick, August 2003

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Referat
"Religionsfreiheit"